Stefan Brömel:
Die APO in der Provinz
Vorwort der Redaktion

Für die folgende Untersuchung standen als Quellen Tageszeitungen (vor allem das Flensburger Tageblatt und Flensborg Avis der Jahrgänge 1967-1973), zahlreiche Flugblätter, Jubiläumsschriften der Schulen, Schülerzeitungen und Ähnliches zur Verfügung. Außerdem wurden die Aufzeichnungen des ehemaligen Leiters der Käte-Lassen-Schule, Wilhelm Sell, ausgewertet (Flensburger Stadtarchiv: HS XII 1592 HS. Band 2. Material in bunter Folge).

Hinzu kommen die zum Teil ausführlichen Passagen aus Interviews des Verfassers mit folgenden Zeitzeugen (in alphabetischer Reihenfolge, mit ihrer Funktion im untersuchten Zeitraum): Gerhard Bühmann (Chefredakteur im Politikressort des Flensburger Tageblattes), Theodor Christiansen (Schulpastor an der Goetheschule), Jürgen Fleischfresser (Leiter der Polizeiinspektion Flensburg), Wolfgang Grell (Pastor in Oeversee), Dr. Gerhard Jastram (Pastor an der St.Marien-Kirche in Flensburg), Grete Jensen (Redakteurin im Politikressort des Flensburger Tageblattes), Henning Nielsen (Aktivist und Schüler der Goetheschule), Prof. Dr. Arnold Stenzel (Rektor der Pädagogischen Hochschule) und Tamara Tschikowani (Aktivistin und Schülerin der Auguste-Victoria-Schule).

Dabei gilt allerdings zu beachten: Die Aussagen von Zeitzeugen und Zeitzeuginnen, die Ergebnisse der so genannten „Oral History“, müssen wie jede andere Quelle unter der Berücksichtigung ihrer bestimmten Eigenschaften quellenkritisch betrachtet werden. Aussagen von Zeitzeugen schildern nicht Vergangenes, sondern Erinnertes, das oft lange Jahre zurück liegt. Diese persönlichen Erinnerungen geben nicht Aufschluss darüber, was sich damals „wirklich“ zutrug, da der Vorgang des Sicherinnerns ein aktiver, konstruktiver und perspektivischer Prozess ist: Subjektive Erinnerungen stellen nur einen Ausschnitt dar. Außerdem sind sie selektiv – manches ist vergessen oder verwechselt worden oder wird bewusst ausgelassen – und sie sind zwangsläufig das Ergebnis von mehreren Verarbeitungs- und Umdeutungsprozessen, die im Laufe der Jahre – bewusst oder unbewusst – stattgefunden haben. Beispielsweise beeinflussen heutige Debatten über die APO und die „68er-Generation“ unbewusst die Erinnerung der Zeitzeugen an jene Ereignisse. Es sprechen nicht die 20jährige Studentin oder der 42jährige Pastor im Jahr 1968, sondern im Hier und Jetzt lebende Menschen, deren heutige Sichtweisen sich von den damaligen mitunter unterscheiden. Dennoch sind Aussagen von Zeitzeugen wichtige Quellen, die es erlauben, die Perspektive der Verwaltung, die sich beispielsweise in Archiv-Akten widerspiegelt, oder der Öffentlichkeit, die sich in Presseartikeln zeigt, zu ergänzen und gegebenenfalls auch zu korrigieren.[1]

Die Redaktion

1 Vgl. u.a. Jureit, Ulrike: Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Hamburg 1999; Hoffmann, Katharina: Schichten der Erinnerung. Zwangsarbeitserfahrung und Oral History. In: Reininghaus, Wilfried; Reimann, Norbert (Hrsg.): Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topografie und Erschließungsstrategien. Bielefeld 2001, S. 62-75; Jakobczyk, Mandy/Nowottny, Eva/Schwabe, Astrid: „Sie hat ganz und gar Plattdeutsch gesprochen.“ Erinnerungsgeschichtliche Aspekte des „Ausländereinsatzes“ in Nordfriesland: Eine Untersuchung anhand von Interviews mit Kindern ehemaliger Arbeitgeber, in: Danker, Uwe/Köhler, Nils/Nowottny, Eva/Ruck, Michael (Hrsg.): Zwangsarbeitende im Kreis Nordfriesland 1939 bis 1945, Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2004, S. 118-170.

Stefan Brömel: Die APO in der Provinz

Flensburg in den Jahren 1967 bis 1972 – eine Collage

Einleitende Bemerkungen. Hunderte gewaltbereite Demonstranten, Steine werfend, vereinzelt mit Messern, Schleudern und Knüppeln bewaffnet, treffen auf 500 Polizisten, die Tränengas, Schlagstöcke und schließlich drei Wasserwerfer einsetzen. Aggressiv geführte Proteste gegen eine Tageszeitung. Minderjährige Schüler werden vom Verfassungsschutz beobachtet, der umfangreiche Dossiers anfertigt. Globale Probleme wie der Vietnam-Krieg werden ebenso vehement angeprangert wie lokale Erhöhungen der Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr.

Diese Ereignisse spielten sich nicht in einem der Zentren der Studentenproteste wie West-Berlin, Hamburg, München oder Frankfurt ab, sondern in Flensburg in der Zeit zwischen 1967 und 1972. Als Stadt im äußersten Norden der Bundesrepublik Deutschland, an der Grenze zu Dänemark und in einer Distanz von nahezu hundert Kilometern zur Landeshauptstadt Kiel, gerät Flensburg gerade bei jenen, die nicht dabei waren, nur schwerlich in den Verdacht, eine Hochburg des Protestes gewesen zu sein. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen und die Verbissenheit, mit der sie auch hier in der Provinz geführt wurden, sind jedoch zumindest teilweise mit denen in bundesrepublikanischen Großstädten vergleichbar.

Die vorliegende Untersuchung will exemplarisch einen Eindruck davon vermitteln, wie sich Rebellion im Kleinen, in der Provinz, ereignete und wie bundesweite oder globale Ereignisse darauf Einfluss nahmen. Mit der Pädagogischen Hochschule, den Flensburger Schulen und der Kirche werden die wichtigsten Zentren des Protes-

Straßenbahnblockade am Nordermarkt bei einer der Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

tes dargestellt sowie die Formen des individuellen und kollektiven Protestes, große und kleine Aktionen und Demonstrationen beschrieben. Der Begriff der 'Außerparlamentarischen Opposition' als Sammelbegriff für die gesamte 68er-Protestbewegung soll hierbei weit gefasst werden, was nahezu jede Art von Protest von Einzelnen sowie Gruppen gegen gesellschaftliche oder religiöse Konventionen einschließt.

Die Darstellung der Flensburger Ereignisse im vorliegenden Beitrag geschieht in Form einer Collage, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber doch in der Absicht, ein möglichst multiperspektivisches Bild dieser auch in Flensburg bewegten Zeit zwischen dem Ende der 1960er und dem Beginn der 1970er Jahre zu zeichnen.[1]

Die Zentren des Protestes. Die Mitglieder der Flensburger Protestbewegung rekrutierten sich vornehmlich aus Studierenden der Pädagogischen Hochschule und Schülerinnen und Schülern[2] der Gymnasien. Eine wichtige Rolle spielte auch eine als äußerst liberal geltende Gruppe junger Flensburger Pastoren, wie auch das 'Sozialistische Zentrum', für einige Jahre so etwas wie das 'Hauptquartier' der Protestszene.

Die Pädagogische Hochschule. Die Pädagogische Hochschule galt in der Flensburger Bevölkerung als Zentrum der Protestbewegung: „Da ging viel von aus", erinnert sich Henning Nielsen, „die Initialzündung brachten eindeutig die Leute an der PH." Bei den Vietnam-Aktionstagen, wie auch bei allen anderen Protesten, fanden die großen 'Teach-ins' im Audimax der PH statt. So auch die Übertragung der Debatte im Bundestag zu den Notstandsgesetzen. Rektor Prof. Dr. Arnold Stenzel[3] beschreibt die Situation an der Hochschule zu dieser Zeit folgendermaßen: „Im Wintersemester 1968/69 hatten wir dann sehr viel Ärger in der Hochschule. Das Missliche an der Sache ist, dass die an sich – nicht nur von mir, sondern auch von vielen Kollegen – mit Verständnis aufgenommenen Wünsche und Forderungen, die auch oft über das Hochschulwesen hinausgingen und oft auch allgemein gesellschaftliche und politische Verhältnisse betrafen, leider oft, um es vorsichtig auszudrücken, utopisch oder gar absurd waren. Es wurde auf Grund der Formen, in denen die APO in Flensburg und auch anderswo damals auftrat, zunehmend schwerer, dieses Verständnis oder diese Sympathie zu zeigen und zu äußern."

Eines Morgens waren die Wände des Foyers in der PH mit Inschriften, den aufkommenden 'Graffitis', besprüht. „Haut dem Stenzel auf das Schwänzel!" und „Der Stenzel ist 'ne Zacke, er tritt in Braunis Kacke!"[4] waren die Parolen an den Wänden. Siegfried Richter, unter anderem Hauptinitiator der Aktion 'Roter Punkt' und Student an der PH, wurde von zahlreichen Studenten bei seiner Aktion beobachtet. Beim Beschmieren der Wände hatte Richter sogar Zeitungspapier auf dem Boden ausgelegt, „um den unterprivilegierten Putzfrauen Arbeit zu ersparen". Solche und ähnliche Aktionen hält Stenzel im Rückblick nicht repräsentativ für die Gesamtmei-

1 Auf ausführliche Belege ist an dieser Stelle verzichtet worden. Detaillierte Quellennachweise finden sich in der dem Beitrag zu Grunde liegenden Examensarbeit des Autors: Brömel, Stefan: Die „APO"-Flensburg – Spiegel der Bewegung? Masch. Examensarbeit, Flensburg 2004.

2 Um Textfluss und Lesbarkeit der Arbeit zu gewährleisten, wurde darauf verzichtet, bei Personenbezeichnungen stets die weibliche neben der männlichen Form zu nennen. Die maskulinen Begriffe bezeichnen also, wenn es nicht um eine bestimmte Person geht, immer sowohl männliche als auch weibliche Angehörige der jeweiligen Personengruppe.

3 Stenzel war vom 1. Juni 1968 bis zum 31. März 1971 Rektor der Pädagogischen Hochschule Flensburg.

4 Dr. Walter Braun war zu diesem Zeitpunkt Kultusminister Schleswig-Holsteins.

nung der Studenten. Es sei ganz typisch gewesen, dass die Studenten, die von diesen Aktionen nichts hielten, sich zurückzogen, diese „‘grauen Mäuse’ haben sich dem Terror der Linken gebeugt“, urteilt der ehemalige Rektor retrospektiv.

Prof. Dr. Stenzel rief – ganz im Gegensatz zu den Direktoren der Flensburger Gymnasien – nicht ein einziges Mal die Polizei in die PH: „Es kam manches Mal die Überlegung auf. Aber ich dachte, wenn du jetzt mal die Polizei holst und die führen dann die Leute ab… Was kommt dann dabei raus? Höchstens Hausfriedensbruch, aber sonst nichts und dann war’s das aber auch und dafür einen Rieseneinsatz. Nein, ich dachte da immer schon, wir müssen das aus eigener Kraft schaffen, die Probleme zu lösen. […] Wenn man einen Rest von Hochschulautonomie bewahren will, dann muss man das auch so machen.“

Für Polizeirat Fleischfresser war die PH ein „rotes Nest“, der Leitung der Hochschule sei allerdings nie etwas vorzuwerfen gewesen, „wir unterschieden durchaus zwischen Pädagogischer Hochschule und dem Störerkreis“. Der frühere Aktivist Henning Nielsen führt die relative Ruhe an der PH viel weniger auf die provinzielle Lage Flensburgs, sondern vielmehr auf die liberale Leitung der Hochschule um Rektor Stenzel zurück.

Stenzel hatte oft das Gefühl, zwischen zwei Stühlen zu sitzen. Wenn er der Gruppierung von Studierenden klar zu machen versuchte, dass sie, so wie sie auftraten, ihrer Sache und ihrem Anliegen nur schadeten, wurde er beschimpft und attackiert. Bei anderen Gelegenheiten kam er mit Flensburger Bürgern oder Kommunalpolitikern zusammen und versuchte dort zu erklären, was hinter dieser ganzen Studentenbewegung nun eigentlich stehe; bei solchen Gelegenheiten wurde er – „nach dem Motto: ‚Na, Herr Professor, was machen denn Ihre Studenten?’“ – etwas belächelt. Stenzel: „Es gab allgemein immer die Vorstellung, als Rektor hätte man das Anstaltsrecht und hätte Einfluss auf das außerhochschulische Verhalten seiner Studenten.“

Wie an allen Hochschulen in Westdeutschland bildete sich auch an der Pädagogischen Hochschule Flensburg eine Gruppe des SDS, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, die Streiks organisierte und Konventsitzungen sprengte. Die Zusammensetzung des Flensburger SDS variierte von Semester zu Semester. Die Mitglieder des SDS bildeten jedoch immer wieder Kader, von denen Impulse für Diskussionen und Aktionen ausgingen. Vor jeder größeren Aktion fand ein Teach-in in den Räumen der Pädagogischen Hochschule statt. Die Hauptakteure des SDS waren vor allem der Assistent am Deutschseminar, Dr. Guntram Vogt, und zeitweise die Studenten Klaus Hahne, Siegfried Richter und andere. Neben dem ‘Aktionszentrum Unabhängiger Sozialistischer Schüler’ (AUSS) war der SDS die einzige einflussreiche Protestorganisation in Flensburg.

Rektor Stenzel erinnert sich sehr detailliert an die Aktivitäten des SDS und an die Stimmung an der Flensburger PH: „Der SDS spielte eine große Rolle, aber dieser hatte auch eine herausragende Persön-

lichkeit innerhalb der Hochschule, die da sehr stark war: Das war ein Assistent am Deutschseminar, Guntram Vogt, der jetzt wohl Professor in Marburg ist. Ein im Grunde recht gescheiter Mann, der seine Seminare gut durchführte und hohe Anforderungen an die Studenten stellte. […] Auf der anderen Seite hockte man dann nachts in irgendwelchen Hochschulräumen. Nach einem bestimmten Verfahren konnten alle Gruppen Räume der Hochschule nutzen. Da haben sich dann die Putzfrauen beklagt, die dann morgens Berge von Bierflaschen und Zigarettenkippen wegräumen mussten. Da habe ich dann Herrn Vogt mal drauf aufmerksam gemacht und er sagte: 'Ach, hier ist man ja sehr rücksichtsvoll gegenüber dem Personal' – und da sagte ich: 'Entschuldigen Sie mal, Sie sind doch Sozialist, Sie sollten doch solidarisch sein bei diesem Thema.' Da kam so ein elitärer Gedanke, ein elitäres Bewusstsein oder Gefühl mit hinein, was dann bei vielen dieser Leute eine Rolle spielte."

Die AUSS-Aktivistin Tamara Tschikowani erinnert sich an die führenden Köpfe des Flensburger SDS: „Natürlich gab es auch damals schon 'In-Groups', zum Beispiel von den führenden Leuten aus dem SDS. Da waren zum Beispiel Guntram Vogt und Alfons Glück, Dozenten an der Pädagogischen Hochschule. Natürlich Michael Göhler und andere Leute, die dann später auch im KB [die Redaktion: Kommunistischer Bund] eine wichtige Rolle gespielt haben. Helmut Albers, genannt Herbie, messerscharfer Verstand, guter Analytiker, aber auch guter Redner und Organisator."

Wie einige andere Flensburger Aktivisten auch, erwarteten den SDS-Aktivisten Siegfried Richter, der neben zahlreichen anderen Aktionen in eine Immatrikulationsfeier der PH eindrang, um eine Diskussion über die Hochschulgesetze zu initiieren, nach seinem Studium Probleme: Richter war am 23. August 1971 unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zum Lehrer zur Anstellung ernannt worden und hatte seine Lehrtätigkeit an der Pestalozzi-Schule in Flensburg aufgenommen. Nach nur zwölf Tagen hatte Kultusminister Dr. Braun das Dienstverhältnis als „von Anfang an nichtig" beendet. Die Entlassung Richters war „beamtenrechtlich geboten", da er eine Erklärung abgegeben hatte, nicht vorbestraft zu sein. Tatsächlich war Richter nach Aktenlage viermal rechtskräftig verurteilt worden – wegen Diebstahls, einmaliger Nötigung, wiederholter Nötigung und Sachbeschädigung. In der Öffentlichkeit war der Fall allerdings so dargestellt worden, als wäre Richter auf Grund des in dieser Zeit heftigst diskutierten so genannten Radikalenerlasses entlassen worden.

Die Auflehnung gegen die Gesellschaft fand aber auch an der Flensburger PH nicht allein in kollektiven, organisierten Formen wie dem SDS seinen Ausdruck. Rektor Stenzel berichtet von einer besonderen Form individuellen Protestes: „Da gab es einen Studenten, der ist aus dem Studentenheim herausgeschmissen worden von dem Studentenrat. Sein Protest gegen die Gesellschaft drückte sich so aus, dass er sich nie wusch und seine Bettwäsche nie wechselte. Das war natürlich auf dem Flur nie auszuhalten. Dann hat der studenti-

sche Beirat des Studentenheimes beschlossen: Der fliegt raus. Der war ein einziges Mal bei mir im Dienstzimmer, stank widerlich. Wie der rausging, hat meine Sekretärin erst mal alle Fenster aufgerissen. […] Das war auch so ein Einzelgänger, der protestierte auf seine Weise und fand auch keine Gruppierung, in der er mitlief."

Die Schulen. „Der Klassenkampf findet in den Klassen statt", war eine der Parolen in der schulischen Protestbewegung Ende der 1960er Jahre. Immer mehr Schüler an den Flensburger Schulen versuchten, ihre Interessen gemeinschaftlich gegen Eltern, Lehrerschaft und die als repressiv empfundene Institution Schule durchzusetzen. Neben dem organisierten kollektiven Protest etablierten sich an den Schulen auch kreative Formen der individuellen Auflehnung. Mit Hilfe solcher Aktionen sollten auch die bis dahin unbeteiligten Schüler aus ihrer Lethargie erwachen, sich solidarisieren und am Protest beteiligen. Schulleitung und Kollegium und somit das gesamte Schulsystem sollten – wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß – in ihrem Widerstand gegen das erwachende Bewusstsein der Schüler als Kräfte des repressiven und inhumanen Systems der herrschenden Klasse entlarvt werden. Schulpastor Christiansen schildert ein Beispiel von der Goethe-Schule: „In einer Abiturrede bei uns weigerte sich der Redner der Schüler, sich bei uns, den Lehrern zu bedanken, was sonst immer so üblich war. Das tat man eben. Er meinte 'Sie werden ja dafür bezahlt !'". Auch in Flensburg entfachte sich an Schulleitern und Lehrern, die den Forderungen der Schülermitbestimmung in allen die Schule betreffenden Fragen – unter anderem auch Notengebung, Öffentlichkeit aller Sitzungen und Diskussion, sexuelle Freiheit zum Abbau der Aggressionstriebe der sexuell gehemmten Menschen („Liebesübungen statt Leibesübungen") – nach Meinung der entsprechenden Schüler nicht angemessen nachkamen, der „Klassenkampf".

Diese ungewohnt kritische Schülerschaft machte den Lehrkräften und auch den Direktoren die Arbeit alles andere als leicht. Manchmal wussten sich die Pädagogen nicht anders als mit einem Anruf bei der Polizei zu helfen: Für das Alte Gymnasium, die Goethe-Schule, die Auguste-Viktoria-Schule und das Wirtschaftsgymnasium sind anhand der Einsatzberichte Polizeieinsätze nachweisbar. Inspektionsleiter Fleischfresser stand diesen Einsätzen allerdings mit eher gemischten Gefühlen gegenüber: „Wir standen grundsätzlich auf dem Standpunkt: Für Sicherheit und Ordnung in der Schule ist zuerst einmal die Schule selbst verantwortlich; und nicht nur der Direktor alleine, sondern mit seinem Kollegium. Deshalb hielten wir uns nach Möglichkeit natürlich raus aus diesen Geschichten und gingen auch ungern rein. Ich weiß zwar nicht mehr unter welchem Vorwand wir hier und da gerufen wurden, aber wahrscheinlich war das ein Vorwand, der zwingend war. […] Das waren für uns eher aber kleine Fische."

5 Gemeint ist das „Peace"-Zeichen.

Politisierung der Schulen. Zunehmende politische Regungen innerhalb der Schülerschaft lassen sich spätestens ab 1968 anlässlich der von der DFU (Deutsche-Friedens-Union) organisierten Ostermärsche feststellen. Wilhelm Sell beschreibt die ersten optischen Zeichen für eine Politisierung: Viele seiner Schüler „trugen die Plakette mit dem bekannten Abzeichen[5], malten das Symbol auf Anoraks und Büchertaschen", während sie ein paar Monate zuvor noch gänzlich unpolitisch und „kindlich" gewesen seien. Die Ostermarschierer in Flensburg wie überall protestierten zuerst gegen den drohenden Atomkrieg, später auch gegen den amerikanischen Imperialismus, den Vietnamkrieg. Ein weiterer Schritt waren Gründungen von PAS-Gruppen (Politischer Arbeitskreis an Schulen), die vom Amt für staatsbürgerliche Erziehung der Landesregierung gefördert wurden. Aber auch Lehrer wie der Schulpastor Theodor Christiansen an der Goethe-Schule unterstützten die Schülerschaft mitunter in ihrem Interesse für Politik, wie er sich erinnert: Bei den Bundestagsdebatten zum Notstandsgesetz „habe ich unseren Fernseher – der war damals ganz klein und sehr schwer – mit in die Schule genommen, und wir haben das dann im Unterricht geguckt".

Am 28. August 1969 lehnte eine am Alten Gymnasium einberufene Schnellkonferenz unter dem Vorsitz von Direktor Dr. Weimar den Antrag des Schülerparlaments, angesichts der bevorstehenden Wahlkampfveranstaltung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) im Deutschen Haus eine Schulversammlung mit dem Thema 'Die Auseinandersetzung mit der NPD' durchzu-

Ostermarsch 1968 auf der Flensburger Bismarckbrücke.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

führen, in einer öffentlichen Stellungnahme ab:

„1. Die Konferenz begrüßt den Wunsch der Schülerschaft, Gelegenheit zu erhalten, sich mit den Zielen der NPD auseinanderzusetzen.
2. Sie ist freilich der Ansicht, daß sich eine solche Auseinandersetzung nicht nur mit den Zielen einer, sondern aller Parteien vollziehen müsste. Für eine solche Auseinandersetzung ist eine Schulversammlung nicht geeignet, da eine Diskussion bei einer so großen Teilnehmerzahl zu keinen Ergebnissen führen kann. Die Konferenz kann deshalb dem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.
3. Die Konferenz hat deshalb beschlossen, daß in der Zeit bis zu den Bundestagswahlen in allen Klassen von UII bis OI auf Antrag der betreffenden Klassen Unterrichtszeit für Diskussionen zur Verfügung gestellt wird. (Regelung zwischen Klassenlehrer, Fachlehrer für Geschichte und Klasse.)“ [6]

Die Schülervertretung des Alten Gymnasiums führte deshalb in Eigenregie ein Teach-in zur NPD in der Aula durch. Das Kollegium war nicht vertreten. Die Schulleitung hatte den Hausmeister geschickt, um die Versammlung zu verhindern. Nachdem es diesem nicht gelungen war, das Teach-in abzuwenden, notierte er die Namen der unnachgiebigen Schüler und leitete diese an das Direktorat weiter.

Nach und nach sammelte sich der politische Protest innerhalb der Schulen auch in Organisationen: Das ‘Aktionszentrum Unabhängiger Sozialistischer Schüler’ (AUSS) war die einzige Schülergruppe, die nicht an eine Partei gebunden war. Sie erlangte als einzige in Flensburg größere Bedeutung. Im Gründungsaufruf dieses Zusammenschlusses verschiedener Schülergruppen hieß es: „Es gibt jetzt Schüler, die machen nicht mehr mit“.

Ein Ziel des AUSS war unter anderem die Abschaffung des Klassenlehrers, weil er zu viel Autorität entwickeln würde. Überhaupt seien die Lehrer angesichts ihrer Stellung immer in Gefahr, der Selbstherrlichkeit zu verfallen. Leistungsdruck, „Wissensdrill“ und jeglicher Zwang waren verpönt. Verbote, wie zum Beispiel das Untersagen des Rauchens für Schülerinnen und Schüler, wurden kritisiert, da sie die Selbstbestimmung des Menschen unterlaufen würden. Des Weiteren gehörte zu den Forderungen des Aktionszentrums die Einrichtung von Schülerparlamenten, die Abschaffung der nötigen schriftlichen Entschuldigung der Eltern beim Fernbleiben der Schüler von dem Unterricht, die Schaffung von Raucherecken an den Schulen, wo größtenteils ein striktes Rauchverbot für Schüler galt, sowie das Ende der Reformationsgottesdienste. Eine weitere Idee des AUSS war die Bewertung, also Evaluation, der Lehrer durch die Schüler in einem anonymen Verfahren.

Die Schülermitverwaltung. Die Schülermitverwaltung (SMV) etablierte sich nicht erst Ende der 1960er Jahre, sie war jedoch zu Zeiten der Protestbewegung äußerst umstritten. Den Schülerinnen und

6 Die Zitate aus den Flugblättern sind weder in Orthographie noch in Grammatik verändert oder berichtigt; zudem wird, wenn möglich und sinnvoll, das Layout der Flugschriften nachempfunden.

Schülern ging das Mitbestimmungsrecht nicht weit genug, die Lehrer fürchteten eine allzu große Einflussnahme der Schülerschaft und somit eine Untergrabung ihrer Autorität. Vor allem beim AUSS war das Ansinnen festzustellen, die SMV zu boykottieren, da das Aktionszentrum befürchtete, durch die Einbindung in derartige Institutionen „gezähmt" zu werden. In einem Flugblatt des Aktionszentrums heißt es:

„DIE SMV KANN ALLES VERTRETEN, NUR NICHT UNSERE INTERESSEN!

[…] Mit der SMV will man uns weismachen, wir könnten Einfluss ausüben, könnten unsere Interessen durchsetzen.

Wie lächerlich!!

Man gaukelt uns vor, unsere Interessen seien Schulfeste, Raucherhallen und Kulturfilme. Und die Noten und der langweilige Unterricht sind von Gott gewollt. […]

ORGANISIERT EUCH AUßERHALB DER SMV".

Beispiele vom Alten Gymnasium: Im Jahre 1967 waren von der Lehrerkonferenz des Alten Gymnasiums drei Kandidaten nicht zur Schulsprecherwahl zugelassen worden. Demzufolge empfand ein Großteil der Schülerschaft die Wahl als Farce. Im folgenden Jahr gab es deshalb schon im Vorfeld der anstehenden Wahlen Proteste: Die Schüler führten Wahlkampf für Minka, die Hündin der Sekretärin. Für kurze Zeit klebten Plakate in der Schule, die nach den Erfahrungen von 1967 forderten: „Wir brauchen keinen Schulsprecher – wir brauchen einen Schülersprecher". Um die Aufmerksamkeit der Schüler zu erreichen, wurden die Plakate mit „Die Onanisten" unterzeichnet. Nicht der Inhalt der Plakate, sondern die Unterschrift verursachte große Unruhe an der Schule. Einige Lehrer drohten, die Schule zu verlassen, würden „Die Onanisten" nicht hart bestraft. Nach kontroversen Diskussionen verhängte die Lehrerkonferenz einen Verweis für die verantwortlichen Schüler. Bei den Schulsprecherwahlen im Jahr 1969 wurde eine Kollektivkandidatur von vier AUSS-Mitgliedern nicht zugelassen. Bei der Wahl zum Stadtschülersprecher gab es keine Einflussmöglichkeiten der Schulleitungen und somit auch keine Beschränkungen: Klaus-Jürgen Frahm kandidierte gegen einen Mitschüler vom Alten Gymnasium, der der Jungen Union zugerechnet wurde. Nachdem Frahm ordnungsgemäß gewählt worden war, machte er einen Antrittsbesuch bei Direktor Dr. Weimar. Dieser teilte Frahm mit, er erkenne die Wahl nicht an. Auch konstruktive Vorschläge aus den Reihen der Schülerschaft fanden mitunter kein Gehör: Ein Antrag eines Schülers an die Lehrerkonferenz des Alten Gymnasiums, neben den bestehenden freiwilligen Arbeitsgruppen (unter anderem für Hebräisch, Griechisch, Französisch oder Spanisch) auch eine für Dänisch – immerhin die Sprache des Nachbarlandes und eines großen Teiles der Flensburger Bevölkerung – einzurichten, wurde abgelehnt.

Langfristig hatte der Widerstand der Schülerschaft gegen die als zu gering empfundenen Einflussmöglichkeiten der SMV jedoch Erfolg: Gemäß einer Landesverordnung des Kultusministeriums muss-

ten Eltern und Schüler ab dem 1. Oktober 1971 in den Schul- und Klassenkonferenzen Sitz und Stimme haben: „Die Konferenzen an der Schule haben die Aufgabe, im Rahmen der den Schulen übertragenen Eigenverantwortung die Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu fördern, sie mitzugestalten und die dafür erforderlichen Maßnahmen zu beraten und zu beschließen. Sie dienen dem Zusammenwirken der Lehrer, Eltern und Schüler, der gegenseitigen Unterstützung sowie dem Austausch von Erfahrungen und Anregungen", heißt es in den im Rahmen der Landesverordnung aufgestellten Grundsätzen.

Störungen des Unterrichts. Ein am Alten Gymnasium im Februar 1970 verteiltes Merkblatt des AUSS zählte Agitationsmöglichkeiten der Schülerschaft gegenüber der Institution Schule auf: Hierzu gehörten Flugblätter, „Gegenunterricht" und Diskussionen auf dem Schulhof. Zum „Gegenunterricht" wurde ausgeführt, man solle in „den Fächern Geschichte, Erdkunde, Gemeinschaftskunde andere Texte und Zahlen [ein]bringen (richtet sich nach der Klasse), Kritik am Unterricht äußern". Zum „Verhalten der Genossen" wurden folgende Tipps gegeben: „In der Klasse nicht blind anti-autoritär sein, sondern wirkliche Agitation betreiben; keine politischen Gründe für einen Rausschmiß liefern; Leute in der Klasse ernst nehmen oder ihnen zumindest das Gefühl geben, daß sie ernst genommen werden; Die Klasse dazu bringen, sich gegen die Lehrer zu solidarisieren (in bestimmten Situationen); sich nicht elitär verhalten […], Konfliktfälle schaffen."

Im Flensburger Tageblatt nahm am 7. Februar 1970 der Chefredakteur des Politikressorts Gerhard Bühmann in seinem Leitartikel „'Rote Zellen' in der Schule" auf der ersten Seite Bezug auf das am Alten Gymnasium verteilte Merkblatt und deutete die oben zitierte Passage: „Auf deutsch: Die Mitschüler sollen verhetzt und aufgehetzt werden gegen die Lehrer, die Schule und schließlich wohl auch gegen Eltern, Staat, Gesellschaft. Wenn sich heute alle darüber einig sind, daß die demokratische Schule keine Zuchtanstalt sein soll, so bedeutet das noch lange nicht, dass sie unter der Flagge der 'Demokratisierung' zu einer Stätte werden darf, in der eine schreierische rote Minderheit 'Gehirnwäsche' an Kleineren oder Gleichaltrigen betreiben darf."

Doch auch unter den Schülern gab es Proteste gegen die Vorgehensweise des AUSS. Vier Schüler des Alten Gymnasiums schrieben in einem Flugblatt am 24. Oktober 1969: „Diese besagte Gruppe, das AUSS, versucht, seine These von der undemokratischen Schule zu beweisen. Da dafür zunächst keine nennenswerten Beispiele vorhanden sind, muß es sich diese schaffen. Dazu werden Fälle provoziert, die diesen ‚Lehrerterror' beweisen und die gewünschten Gegenmaßnahme herausfordern solle (Druck – Gegendruck), angefangen bei harmlosen Dingen wie Essen während des Unterrichts über Beschimpfungen von Lehrern und Entkleiden bis zur dauernden Störung, durch die dann eine Weiterführung des Unterrichts unmöglich wird. An irgendeinem Punkt dieser beliebig zu eskalierenden

Kette muß der Lehrer eingreifen – das ist dann die 'undemokratische, repressive Schule, die die Schüler terrorisiert'. Die provozierenden Schüler berufen sich dann auf ihr Recht auf Unterricht, das offensichtlich auch das Recht auf Unmöglichmachen dieses Unterrichts einschließt. Wir fragen, ob das die richtige Methode der Kritik am Unterricht eines Lehrers ist."

Die Schulstreiks. Ein nach dem Verweis eines Schülers, der in eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Sportlehrer geraten war, veröffentlichtes Flugblatt der SMV der Goethe-Schule ruft die Schülerschaften der anderen Flensburger Gymnasien zur Solidarität auf:

„MITSCHÜLER ! MITSCHÜLER DER FLENSBURGER OBERSCHULEN ! Es ist in unser aller Interesse, gegen diese Maßnahmen zu protestieren. Solidarisiert Euch mit uns ! Schließt Euch der Aufforderung zum Schulstreik an! Erkennt die Notwendigkeit dieses Streiks, um ähnlichen Maßnahmen vorbeugend entgegenzuwirken !"

Aber selbst an der Goethe-Schule kamen nach Angaben der Schulleitung nur 60 der 860 Schüler dieser Aufforderung nach.

Auch in anderen Zusammenhängen kam es zu Streiks an Flensburger Schulen. Den Absolventen des Wirtschaftsgymnasiums sollte nach der Reform der Oberstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien kein vollwertiges Abitur mehr zuerkannt werden. Dies wollte die Schülerschaft des Flensburger Wirtschaftsgymnasiums nicht hinnehmen und beschloss im Februar 1970 in den Streik zu treten. Die drei Wirtschaftsgymnasien Flensburg, Kiel und Lübeck erhoben folgende Forderungen: Der Kultusminister solle sofort für Schleswig-Holstein die volle Hochschulreife der WG-Absolventen anerkennen, wie dies zum Beispiel bereits seit langer Zeit in Baden-Württemberg der Fall sei. Außerdem solle die Ergänzungsprüfung, die dann zum Studium an den Universitäten anderer Bundesländer noch notwendig wäre, beibehalten werden, bis die ständige Konferenz der Kultusminister einen entsprechenden Beschluss gefasst habe. Die Demonstranten führten Plakate mit der Aufschrift „Kein Abitur zweiter Klasse !" und „Wir verlangen das Vollabitur !" mit sich. Der Protest der Schüler hatte Erfolg: Am 10. März 1970 entschied das Kultusministerium in Kiel, dass die Absolventen der drei schleswig-holsteinischen Wirtschaftsgymnasien die volle Hochschulreife anerkannt bekommen würden, da die Wertigkeit der Lehr- und Lerninhalte dieser Schulen denen allgemeiner Gymnasien gleichkäme.

Die Kirche. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Stimmung in Flensburg am Ende der 1960er Jahre hatte die Kirche. Neben zahlreichen jungen Geistlichen wurde auch den älteren Pastoren wie Theodor Christiansen und vor allem Propst Wilhelm Knudt als lokalem Kirchenoberhaupt ein liberaler Geist zugeschrieben.

1968 waren in Flensburg viele junge Pastoren neu im Amt. Schnell wurde diese Gruppe äußerst liberaler Geistlicher innerhalb

Flensburgs als 'Das Team' bezeichnet. Sie brachten einen neuen theologischen Ansatz in die Stadt: Pastor Dr. Gerhard Jastram von der Kirchengemeinde St. Marien erinnert sich, dass seine modernen Methoden nicht immer Anklang beim eher konservativen Flensburger Kirchenvolk fanden: „Wir haben die Auseinandersetzungen um die Bild-Zeitung bezogen auf das 8. Gebot 'Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten'. Ich weiß noch, wie ich eine Konfirmandenprüfung machte in St. Marien: […] In der Prüfung wurde das Achte Gebot an der Berichterstattung der Bild-Zeitung in der Kirche exemplifiziert. ‚Was heißt denn das: falsch Zeugnis reden?' Woraufhin ein nachher mit mir befreundeter Augenarzt aufstand und laut in die Kirche rief 'Das ist keine onfirmandenprüfung!' Wir wollten da auch Aktuelles reinbringen und stießen damit natürlich auf Widerstand."

Einige der jungen Geistlichen solidarisierten sich mit den Forderungen der Protestbewegung, jedoch „nicht aktiv", wie sich Jastram erinnert: „Ich weiß jedenfalls nicht, dass irgendjemand von uns diese Demonstranten begleitet oder instruiert hätte". Man habe aber einige der Aktionen und Forderungen „inhaltlich sehr akzeptiert". Andere Pastoren, die schon länger im Amt waren, mussten sich erst an den 'Geist der Revolution' gewöhnen, so zumindest Schulpastor Theodor Christiansen von der Goethe-Schule: „Wir, meine Frau und ich, mussten damals sehr umdenken, bis wir diese neue Zeit begriffen und das, was Rudi Dutschke wollte. […] Eine ganz neue Sicht… Ich war 40 oder 42. Für uns brach eine gestandene, gut sortierte Welt auseinander."

Die Pastoren von St. Marien machten bundesweit Schlagzeilen, als sie ein Kriegerdenkmal aus ihrer Kirche entfernen ließen – einen liegenden Soldaten, der ein komplettes Seitenschiff des Gotteshauses ausfüllte. Es kam zu Protesten und Diskussionsabenden, über die selbst das Fernsehen und das Magazin Stern ausführlich berichteten. Pastor Holger Hoffmann von St. Johannis hatte zudem ein Jugendlager in Dänemark durchgeführt, den Teilnehmern nahezu völlige Freiheiten gelassen und mit den jugendlichen Teilnehmern neben anderen Themen auch über sexuelle Angelegenheiten wie Onanie diskutiert. Für die Mitglieder der APO und anderer Randgruppen scheint Hoffmann die Anlaufstelle unter den Pastoren gewesen zu sein, so beschreibt es jedenfalls sein Kollege Theodor Christiansen. Auch die Redakteurin des Flensburger Tageblatts Grete Jensen beschreibt Hoffmanns Aktivitäten ähnlich: „In St. Johannis versuchte Pastor Hoffmann auch praktisch Neues zu machen. Er eröffnete ein Anti-Drogen-Büro und kümmerte sich bis an die körperliche und seelische Erschöpfung um Randgruppen, Obdachlose und Drogenabhängige." Zudem hielt sich in Flensburg hartnäckig das Gerücht, Hoffmann habe amerikanischen Vietnamdeserteuren bei der Flucht nach Skandinavien geholfen, wo diese Asyl beantragen konnten.

Zu dem so genannten 'Team' gehörten die Pastoren Dieter Andresen (Harrislee), Heinz Fast (St. Johannis), Holger Hoffmann (St. Johannis), Gerhard Jastram (St. Marien), Klaus Juhl (Mürwik),

Karl-Ludwig Kohlwage (Mürwik) und Jens Pörksen (Handewitt). Die Gruppe hatte sogar eine eigene Publikationsreihe, die Zeitschrift „Zwischen den Zeilen“ erschien insgesamt dreizehnmal. Hinzu kamen die Flensburger Theologentage, bei deren Ausrichtung diese Pastoren maßgeblich beteiligt waren.

Das Theologieverständnis der Gruppe beschreibt Pastor Jastram stellvertretend für zahlreiche seiner jungen Kollegen: „Im Theologiestudium tauchten erste Brüche auf. Es gab damals die so genannte moderne Theologie, die sich der Überlieferung sehr kritisch zuwandte und sagte, es handele sich bei zentralen Texten in den Evangelien um Mythen und man könne diese Mythen den Leuten nicht wie objektive Gegebenheiten anbieten, man müsse sie interpretieren.“

Jastram beschreibt, wie die Gruppe sich traf, warum sie nach Flensburg kam und wie sie mit der Protestbewegung Ende der 1960er Jahre zusammenhing: „Wir hatten aber vorher schon im Predigerseminar in der Ausbildung besprochen mit einigen anderen jungen Pfarramtskandidaten, dass wir was tun wollten für die Erneuerung der Kirche. Uns kam vieles alt vor, und uns kam vor allem auch die Theologie in Vielem fraglich vor. Wir wollten im Grunde das, was diese so genannten modernen Theologen uns gesagt hatten, das wollten wir in der Gemeinde umsetzen; nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell. Wir kamen auf Flensburg, weil da ein Propst, Wilhelm Knuth, war, der in seiner Jugend Sympathien für eine Art von religiösem Sozialismus gehabt hatte […] und der auch das Gefühl hatte, es müsste etwas für die Kirche getan werden – aber irgendwie anders als wir das dachten. Aber jedenfalls sorgte er dafür und machte die Wege klar, dass eine junge Gruppe von Pastoren nach Flensburg kam, so dass wir also mit einer Mannschaft von später fünf Leuten da auftauchten und nun ein Praxisfeld hatten. […] Es war aber eine rein innerkirchliche Geschichte, die in den Bereich Kirchenreformen gehörte. So nahmen wir zunächst gar nicht wahr, dass sich an den Universitäten eine eigene Bewegung bildete, die aber damit zusammenhing. Es waren jüngere Leute meistens, etwas jünger als wir.“

Pastor Wolfgang Grell aus Oeversee hat nach eigener Auskunft Propst Knudt nie danach gefragt, ob er die jungen Pastoren gezielt nach Flensburg geholt hat, „aber ohne ihn wäre es wohl nicht gegangen. Ich glaube, dass er da seine Freude dran gehabt hat, solche kritischen Geister in seinem Kirchenkreis zu haben. So einer war er nämlich auch.“

Von Seiten der Pastoren kam es immer wieder zu Vermittlungsversuchen zwischen den verschiedenen Lagern, wie auch die damalige Aktivistin und Schülerin der Auguste Viktoria Schule Tamara Tschikowani bestätigt: „Die haben viel versucht aufzufangen, Puffer zu sein und zu vermitteln gegen diese ständige Kriminalisierung. Die haben sich unheimlich eingesetzt und viel praktische Arbeit mit den Randgruppen gemacht […].“ Im Januar 1969 sprach der Oeverseer Pastor Wolfgang Grell vor dem Geltinger Landfrauenverein

über das Thema „Mensch bleiben im Spannungsfeld der Generationen“, wie das Flensburger Tageblatt am 9. Januar 1969 berichtet. In diesem Zusammenhang betonte Grell, ‘Mensch sein’ heiße verantwortlich sein für andere Menschen und ganz besonders für die jüngere Generation. Man habe den Mut aufzubringen, die Fragen, die von der jungen Generation freimütig gestellt würden, auch ehrlich zu beantworten. Mit arroganter Autorität könne man bei der jungen Generation keinen Eindruck erwecken.

Kirche und Politik. Am 12. Juni 1968 entzündete sich bei einem öffentlichen Podiumsgespräch im Musiksaal des Deutschen Hauses die Diskussion an der Frage, ob die Kirche sich politisch engagieren solle. Teilnehmer waren die Pastoren Gerber (St. Gertrud) und Dr. Jastram (St. Marien), Kaplan Dr. Sauer (St. Franziskus-Hospital) sowie Prof. Theodor Warner, Thietmar Hambach von der Jungen Union und Jürgen Voss von den Jungsozialisten. Die Gesprächsleitung hatte Studienreferendar Dieter Pust. Wie das Flensburger Tageblatt zwei Tage später berichtete, hatte Pastor Jastram innerhalb der Diskussion die interessantesten Thesen beigesteuert. Er verwies auf die Tatsache, dass auch in der Vergangenheit von der Kirche her ständig Impulse auf die Gesellschaft ausgegangen seien. Auch in Zukunft seien solche Impulse zu erwarten. Nach seiner Auffassung sei die Kirche der revolutionäre Kern in einer Gesellschaft, die sich auf eine vollkommenere Humanität berufe. Von Ausnahmen abgesehen, habe sich die Kirche in der Geschichte in einer permanenten Revolution befunden. Das Christentum habe immer das politische Engagement gewollt.

Doch nicht alle Flensburgern sahen das politische Engagement der Pastoren gern. Wie Tageblatt-Radakteurin Grete Jensen dachten auch andere Flensburger Bürger: „Die jungen Pastoren politisierten tatsächlich. […] Ich ging in die Kirche und wollte von denen was Christliches hören und dachte […]: Dann geht doch in die Partei und macht Politik.“ Auch unter den Flensburger Theologen herrschte durchaus keine Einigkeit zu diesem Thema. Theodor Christiansen erinnert sich: „Da ging der Riss mitten durch die Flensburger Pastorenschaft. Die alte Geschichte: ‘Glaube und Politik haben nichts miteinander zu tun’ und ‘Der Mensch ist Untertan der Obrigkeit’ (Römerbrief). Wir wurden dann wirklich aktiv und hatten, ich sage das mal ganz selbstbewusst, begriffen, dass Glaube sich immer politisch auswirken muss. Das fängt bei den zehn Geboten an: ‚Du sollst nicht stehlen’ ist ein Politikum ersten Ranges. Und wie wird gestohlen, bis heute hin, zum Beispiel in der Wirtschaft … […] Das wurde immer lauter.“

Die Reformationsgottesdienste. Seit 1948 gehörten die Reformationsgottesdienste per Erlass als fester Bestandteil zum Schuljahr und waren Pflichtveranstaltungen für alle protestantischen Schüler. Nun gerieten sie in die Diskussion.

Wilhelm Sell, zwischen 1962 und 1982 Schulleiter der Käte-Lassen-Schule, erinnert sich in seinen Aufzeichnungen, dass es im Jahre 1968 anlässlich der Reformationsgottesdienste in Flensburg zu einem Austausch kam. Propst Knuth lud die Pastoren und Schulleiter zu einem klärenden Gespräch in das Gemeindehaus St. Michael. Diese Art 'Zwangsgottesdienst' erregte den Widerstand der jungen Pastoren, die darin ein Überbleibsel der „preußischen Verbindung von Thron und Altar" sahen. In Erfüllung des Erlasses zum vorgeschriebenen Besuch der Gottesdienste sollte man nach Ansicht dieser Pastoren Gespräche anbieten oder Filme zeigen. Sell beschreibt den weiteren Verlauf der Diskussion folgendermaßen: „Das Gespräch zwischen Pastoren und Schulleiter erhielt eine besondere Würze durch die Teilnahme einer Gruppe Jugendlicher. Sie kamen erst, als das Gespräch bereits begonnen hatte, wodurch sie ihre Abscheu vor bürgerlicher Pünktlichkeit dokumentieren. Der Kirchendiener überbrachte den Wunsch der Schüler um Teilnahme. Propst Knuth erlaubte diese nach einer kurzen Beratung. Herein kam ein lang aufgeschossener Jüngling, begleitet von vier jungen Mädchen. Sie waren lässig, doch im Allgemeinen ordentlich gekleidet. Der Schüler war der Sprecher. Er sprach provozierend langsam und eindringlich, und während er sprach, blickten die Mädchen bewundernd zu ihm auf. […] ‚Der Kultusminister zwingt Unmündige durch die Lehrer zur Teilnahme am Gottesdienst. Das lehnen wir ab.' Es kam zu keiner Übereinkunft."

Als Schulpastor der Goethe-Schule stand Theodor Christiansen im Zentrum der Diskussionen um den Reformationsgottesdienst-Erlass: „Ein unverschämter Erlass ! […] Es gab eine Konferenz – später hat mir einer gesagt, ich hätte wie Luther dagestanden 'Hier stehe ich, ich kann nicht anders' – und der Direktor fragte mich vor versammelter Mannschaft, ob ich diesen Gottesdienst halten würde und ich stand auf […] und habe nur ein lautes 'Nein !' gesagt und mich wieder gesetzt."

Am Reformationstag 1968 blieb es in den meisten Kirchen, wie zum Beispiel in St. Jürgen, sehr ruhig, während es in der Marienkirche zum Eklat kam: Eine APO-Gruppe hatte es auf die Unterbrechung des Gottesdienstes abgesehen und rief zur Diskussion auf. Pastor Friedrichs kam nicht mehr zu Wort und ließ durch einen Kirchendiener die Polizei rufen. Diese räumte die Kirche umgehend von den Demonstranten, die im Herausgehen den verbleibenden Schülern zuriefen, sie sollten die Märchen der Kirche nicht glauben. Gegen einen der Verantwortlichen der Aktion, Michael Göhler, wurde Anzeige erstattet; er wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von 200 DM verurteilt. In einem Flugblatt wird der Verlauf der Aktion wie folgt geschildert: „Im vergangenen Jahr fand in der Marienkirche ein Reformationsgottesdienst statt zu dessen Besuch sich die Flensburger Schüler gezwungen sahen, da die Autorität ihrer Lehrer Druck auf sie ausübe. Während des Gottesdienstes, der in der üblichen Form – Singen-Gebet-Singen-Predigt-Singen-Gebet-Amen – ablaufen sollte, versuchte eine Gruppe von Schülern und Studenten, dem

Pastor klarzumachen, daß gerade ein Reformationsgottesdienst in seiner Form reformiert werden müsse. Man forderte statt der üblichen Predigt eine Diskussion. DER PASTOR WAR NICHT BEREIT !

Schließlich versuchte eine Person aus dieser Gruppe, den Schülern klarzumachen, daß nicht alles, was ein Pastor sagt, richtig sein müsse, man müsse auch seine Worte kritisch durchdenken.

DIE POLIZEI WURDE GEHOLT. Darauf verließ die Gruppe die Kirche FREIWILLIG durch das Kirchengebäude. […] Aus formaljuristischen Gründen wurde er zu 200 DM Geldstrafe oder ersatzweise zu 8 Tagen Haft verurteilt.

ICH FORDERE ALLE CHRISTEN AUF, DIE MIT DIESER ART DES CHRISTENTUMS NICHT EINVERSTANDEN SIND, der Kirche zu zeigen, daß man auch ohne Gott human sein kann.

TRETET IN MASSEN AUS ! Man begebe sich zum Flensburger Amtsgericht, Zimmer 24, werktags von 9-12 Uhr. NUR DER PERSONALAUSWEIS IST MITZUBRINGEN! KEINE UNKOSTEN !“

Störungen von anderen Gottesdiensten. Am 23. Dezember 1968 erging ein Polizeibefehl an die verschiedenen Flensburger Dienststellen. in dem es heißt, es sei „bekanntgeworden, daß der SDS und ihm nahestehende Kreise Störungen der Gottesdienste am 24.12.1968 beabsichtigen“; des Weiteren bittet der Leitende Ministerialrat Dr. Knack um eine besondere Überwachung der Wohnung des Innenministers Dr. Schlegelberger in der Diedrich-Nacke-Straße. Auch in einem Informationsblatt des Kirchenvorstandes der St. Nikolai-Kirche anlässlich des Weihnachtsgottesdienstes 1968 werden die Besucher der Messe ausdrücklich vor möglichen Störaktionen der APO gewarnt und Verhaltenshinweise erteilt:„Lassen Sie sich nicht provozieren. Beschimpfen und bedrohen Sie niemanden und wenden Sie bitte keinerlei körperlich Gewalt an.

Verlassen Sie nicht ohne zwingenden Grund Ihren Sitzplatz. Verhalten Sie sich bitte, auch wenn Knallfrösche losgelassen werden, vollkommen passiv. Der Kirchenvorstand und die den Gottesdienst leitenden Personen haben für jeden denkbaren Fall Vorsorge getroffen und werden von sich aus sofort das Notwendige veranlassen.

Sollte es erforderlich sein, den Gottesdienst vorzeitig zu abzubrechen, verlassen Sie bitte die Kirche ohne Drängelei durch einen der drei Ausgänge. Es ist dafür gesorgt, daß in diesem Augenblick jede Tür geöffnet ist und daß Sie schnell und sicher nach draußen gelangen können.“

Darunter eine handgemalte Skizze des Kirchengrundrisses, auf dem die drei Ausgänge markiert sind. Letztlich kam es jedoch am 24. Dezember 1968 zu keinerlei Vorfällen in St. Nikolai. Welche Verunsicherung jedoch angesichts möglicher APO-Aktionen bei Kirchenvertretern und Besuchern geherrscht haben muss, wird anhand des Informationsblattes offensichtlich. Auch Pastor Gerhard Jastram erinnert sich, dass in St. Marien Störungen des Gottesdiens-

tes geplant waren. Hier sollten Weihnachtsbäume in Brand gesteckt werden. Jastram bannte die Gefahr, indem er befreundete Bundeswehroffiziere in Zivil in der Nähe der in der Kirche aufgestellten Tannen postierte. Versuche, die Bäume tatsächlich zu entzünden, wurden letztlich nicht unternommen.

Das Sozialistische Zentrum. Studierende, Schülerinnen und Schüler gründeten ein 'Sozialistisches Zentrum'. In einem Hinterhof des Südermarktes mieteten sie von der Papierhandlung Rohwer einige Räume und versahen sie mit Revolutionsplakaten. Das Zentrum, dessen Miete durch eine Umlage aufgebracht wurde, sollte als Informationsstelle und Beratungszentrum dienen. Bis zu 120 Veranstaltungsteilnehmer hatten in den Räumen Platz. Zeitweilig wohnten dort sogar einige Aktivisten, wie beispielsweise Tamara Tschikowani. Auch Lehrer waren im Sozialistischen Zentrum willkommene Gäste und Gesprächspartner, hoffte man doch, den einen oder anderen für die eigene Sache gewinnen zu können. Der frühere Aktivist Henning Nielsen beschreibt die Aktivitäten im Sozialistischen Zentrum: „Es gab hier das ‚Zentrum' im Hinterhof am Südermarkt, […] teilweise haben die Leute da gewohnt, teilweise war das wie ein größeres Büro samt Sitzungsraum. Das war der zentrale Treffpunkt. Wir hatten damals ja nicht diese Möglichkeiten wie heute, zum Beispiel in Kommunikationszentren, Jugendtreffs oder andernorts tagen zu können. Das war uns eher verschlossen oder es gab sie einfach noch nicht. Für größere Veranstaltungen war dann die PH der etwas abgelegene, aber mögliche Ort. Es gab später auch andere angemietete Zentren (unter anderen in der Großen Straße). Es war im Vergleich zu heute eine sehr bewegte Polit-Zeit. Also Treffen wöchentlich war gang und gäbe. Zwei, drei-, viermal war 'Sitzung' angesagt, es war ein 'fast vollberufliches Polit-Dasein', insbesondere in den Hoch-Zeiten. Die Schülergruppen haben sich da, wo sie konnten – wir zum Beispiel an der Goethe-Schule – in der Schule getroffen. Andere konnten das nicht, am Alten Gymnasium war das undenkbar."

Im Sommer 1969 jedoch blieb man die Miete schuldig, so dass die Räume wieder aufgegeben werden mussten. Fortan trafen sich die jungen Aktivisten in Gaststätten wie dem 'Löwenbräu', einem Kellerlokal an der Ecke Holm/Rathausstraße. Hier wurde über kommende und bereits durchgeführte Aktionen beraten und Flugblätter verfasst. Die Kommunikation lief informell, über spontane Treffen und Telefon.

Polizei und Verfassungsschutz. Die Flensburger Ordnungshüter zeigten sich in der Anfangsphase der Protestbewegung von der neuen Konfliktsituation mehr oder minder überrascht. Vor allem die unschlüssige Vorgehensweise bei der ersten Blockade des Flensburger Tageblattes zeigt, dass sich die Polizeiführung bis dahin mit solchen Phänomenen nicht hatte auseinandersetzen müssen. Erst als Jürgen Fleischfresser – später Einsatzleiter in Brockdorf – als Inspektions-

leiter nach Flensburg versetzt wurde, ging man professioneller mit der veränderten Situation um, wie Fleischfresser selbst berichtet: „Alle Polizeien mussten da Erfahrungen sammeln, für mich waren das auch im wesentlichen die ersten Einsätze, nicht die allerersten, aber die ersten bedeutsamen Einsätze mit derartigen Störergruppen. […] Das wird ja schon dadurch deutlich, dass wir noch gar nicht alle ausgerüstet waren mit entsprechender Schutzkleidung. Die Beamten hatten zwar eine Lederjacke für den normalen Dienst, die einen gewissen Schutz bot, aber es waren noch gar nicht genügend Helme vorhanden."

Fleischfresser beschreibt, dass die Polizei viel Rückhalt in der Bevölkerung hatte – auch unter der Arbeiterschaft, die die Protestbewegung auch in Flensburg vergeblich auf die eigene Seite zu ziehen versuchte: „Inklusive der Werftarbeiter im übrigen, die sich nach ihrem Schichtdienst nachmittags oft gehindert sahen, nach Hause zu kommen, weil die Straßen blockiert waren. Von denen haben wir zahlreiche Tipps hinsichtlich der Vorhaben derer, die da blockierten, bekommen. Sie machten uns auch oft aufmerksam auf Verabredungen, die Leute von der APO […] mit Leuten von der Presse oder dem Fernsehen getroffen hatten. Die sagten: 'Mensch, pass auf, die haben sich da abgesprochen. Die wollen da gleich Krawall machen und dann sollt Ihr da ordentlich prügeln – das ist ihr Ziel.' Das sagten uns Werftarbeiter. […] Die Arbeiter hatten mit Guntram Vogt und seinen Mannen […] nichts im Sinn."

Zu den Methoden der Flensburger Polizei gehörte unter anderem die Anmietung von Wohnungen oberhalb von Versammlungsplätzen. Fleischfresser versprach sich hiervon eine bessere Lagebeurteilung. Der ehemalige Aktivist Henning Nielsen kann sich erinnern, dass in den Fenstern über dem Südermarkt bei Kundgebungen regelmäßig Kameras auftauchten. Auch Tamara Tschikowani gibt über die Methoden der Ordnungshüter Auskunft: „Polizisten gingen im Parka verkleidet bei unserer Direktorin ein und aus. Wir trafen sie dann nach der Schule meist im Eduscho-Café wieder, wie die dort standen und versuchten mitzukriegen, was wir als nächstes planten. Es hätte nicht viel gefehlt, dass man sie auch noch gegrüßt hätte. Aber so war das, Kleinstadt halt …" Mit dem Verfassungsschutz machte Tschikowani allerdings sehr viel schlechtere Erfahrungen: In einem Jahre später geführten komplizierten Einbürgerungsverfahren sollte ihr ursprünglich aus politischen Gründen die deutsche Staatsbürgerschaft verwehrt bleiben. Zur Begründung wurden Ermittlungsberichte des Verfassungsschutzes herangezogen, aus denen eindeutig hervorgeht, dass über Tschikowani seit ihrem 16. Lebensjahr eine Akte geführt worden ist. Es ist davon auszugehen, dass die Schülerin nicht die einzige Flensburger Aktivistin war, die unter Beobachtung stand.

Zu den Aktivitäten des Verfassungsschutzes bemerkt der Polizist Jürgen Fleischfresser: „Der Verfassungsschutz hatte so seine Standorte, ohne dass es sich um erkennbare Dienststellen handelt wie bei der Polizei oder bei anderen Behörden. Es waren örtlich zuständige und da auch sesshafte oder zumindest dort arbeitende Mitglieder des

Verfassungsschutzes. Zum Beispiel in Flensburg […], wohl nicht in jeder Kreisstadt, aber in Zentren schon. In Flensburg war auch einer, das weiß ich. Aber meines Wissens eigentlich nur einer und der wurde dann unterstützt durch Beamte des Verfassungsschutzes aus Kiel, vom Landesamt. […] Ich will mal schätzen ein halbes Dutzend höchstens, in Spitzenzeiten. Die waren aber auch nicht ständig da."

Aktionen.

Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze. Für die Flensburger Öffentlichkeit trat die APO anlässlich der Proteste gegen die Notstandsgesetze der Bundesregierung im Mai 1968 zum ersten Mal offensichtlich in Erscheinung. In dem in der Innenstadt von SDS und AUSS verteilten Flugblatt heißt es: „Nach wie vor sind wir der Überzeugung, daß es erste Aufgabe der Politik sein muß, Krisen zu vermeiden statt sie durch Gebietansprüche zu provozieren und sie durch Notstandsgesetze und Rüstung heraufzubeschwören. Nach wie vor glauben wir, daß – gerade in Krisenzeiten – die Regierung vom Volk kontrolliert und abgesetzt werden muß, wenn sie auf Konfliktkurs steuert." Weiter charakterisieren die für das Flugblatt verantwortlichen Organisationen die Gesetze folgendermaßen: „Notstandsgesetze sind Ermächtigungsgesetze. Notstandsgesetze sind Gesetze zur Unterdrückung der werktätigen Bevölkerung. Notstandsgesetze sind Gesetze, um der Regierung alle Macht und dem Volk den bedingungslosen Gehorsam zu verordnen. Notstandsgesetze verbieten jegliche Opposition."

Auf Einladung der Politischen Arbeitskreise an den Schulen (PAS) fand am 27. Mai 1968 ein „Teach-in zur Notstandsgesetzge-

Demonstration gegen die Notstandsgesetze am 28. Mai 1968 auf dem Holm in Richtung Nordermarkt.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

bung“ im großen Hörsaal der Pädagogischen Hochschule statt. Auf dem Podium waren bei der mit 500 Teilnehmern gut besuchten Diskussionsveranstaltung Dr. Hoja (FDP), Prof. Dr. Mertineit (Politologe an der PH), Jürgen Voss (Jungsozialisten) und Michael Göhler (SDS) vertreten. Es kam zur Diskussion; doch aus einem entsprechenden Bericht des Flensburger Tageblattes zwei Tage später geht hervor, dass sich die Podiumsteilnehmer in ihrer Ablehnung der Gesetze so einig waren wie die meisten Mitglieder des Plenums, das größtenteils aus Studierenden, Schülerinnen und Schülern bestand. Das Tageblatt bemängelte entsprechend, dass „in der abschließenden Diskussion sich fast ausschließlich Gegner der Notstandsgesetzgebung zu Wort“ meldeten. Der letzte Absatz des Tageblatt-Berichts zeigt unverblümt die Einschätzung der Zeitung gegenüber der Veranstaltung, denn der „Mangel des Teach-in war augenscheinlich: Es fehlte die sachkundige Interpretation durch politisch Verantwortliche“.

Während der Auseinandersetzungen um die Verabschiedung der Gesetze kam es an der PH zum Streik. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und der Sozialistische Hochschulbund (SHB) luden in einem Flugblatt zur Bestreikung der Lehrveranstaltungen auf:

„AUFRUF ZUM VORLESUNGSSTREIK

Am Mittwoch, 15. 5., findet im Bundestag die zweite und damit vorletzte Lesung der Notstandsverfassung statt. An diesem Tag wollen in allen Städten Schüler und Studenten die Lehrveranstaltungen bestreiken. Anstelle von Vorlesungen und Unterricht wollen die Schüler und Studenten ihr staatsbürgerliches Recht auf Information wahrnehmen.

Wir fordern alle Kommilitonen und Kommilitoninnen auf, morgen Mittwoch um 8.30 Uhr zu einem TEACH-IN und zur anschließenden Fernsehübertragung der Notstandsdebatte in die PH zu kommen.“

Zwei Wochen später, am Mittwoch, den 29. Mai, kam es in Flensburg zu einer groß angelegten Protestaktion: Die Aktivitäten begannen mit einer Sitzblockade vor dem Gebäude des Flensburger Tageblattes, an der sich circa 200 Demonstranten beteiligten. Die Schmährufe richteten sich vor allem gegen den Tageblatt-Chefredakteur Gerhard Bühmann. Die Polizei sah bei der insgesamt friedlich verlaufenden Aktion keinen Grund einzuschreiten. Flensborg Avis berichtet über die Aktion: „Die Polizei hielt sich in der ganzen Zeit diskret im Hintergrund. Die größte Rücksicht wurde von dem Polizeichef der Stadt – Oberpolizeirat Werner Schedalke – ausgeübt. Friedlich, in zivil gekleidet, schlenderte er von Gruppe zu Gruppe.“ Später war der Holm voller Studenten und Schüler, die versuchten, den Passanten Flugblätter zuzustecken. Gegenüber dem Kaufhaus Hans Jürgensen hatte sich ein Männerchor formiert, der Kinderlieder mit politischen Texten sang, so zum Beispiel zur Melodie von „Schlaf, Kindchen, schlaf“:

„Schlaf, Bundesbürger, schlaf !
Der Kiesinger hüt' die Schaf,
der Springer schüttelt's Bäumelein,
da fällt herab ein Träumelein.
Schlaf, Bundesbürger, schlaf !"

Viele der Passanten verhielten sich abweisend gegenüber den Demonstrierenden und machte einen Bogen um die Flugblätter verteilenden Jugendlichen; das Flensburger Tageblatt berichtete einen Tag nach den Protesten jedoch, dass es „an mehreren Stellen zu angeregten Diskussionen mit Passanten" kam. Alles in allem blieben diese ersten Aktivitäten der APO in Flensburg friedlich.

Reaktionen auf das Dutschke-Attentat. Nach den Schüssen auf die SDS-Galionsfigur Rudi Dutschke am 11. April 1968 war im Schaufenster der Christlichen Buchhandlung Feldt in der Einkaufsstraße ein Plakat zu sehen, das die Berichterstattung über Dutschke auch im Flensburger Tageblatt durch den Chefredakteur Gerhard Bühmann deutlich kritisierte.

Am 16. April berichtet die Südschleswigsche Heimatzeitung von einer spontanen Demonstration, an der nach „polizeilicher Schät-

Reaktion im Schaufenster der Buchhandlung Feldt auf dem Holm auf das Attentat gegen Rudi Dutschke am 11. April 1968: Auf dem in Projektilform aus Titelseiten des „Flensburger Tageblatts" ausgeschnittenen Plakat steht "Redakteur Bühmann schrieb u.a: Bundeskasper Dutschke!!" Quelle: Privatarchiv des Autors.

zung 150 Personen, meist Jugendliche“ teilnahmen. Zu den Demonstranten gehörten nach Angabe des Blattes „auch Pastoren und Dozenten der Pädagogischen Hochschule“. Aus der auf der Kundgebung verabschiedeten Resolution wird zitiert: „Solange in einem Großteil der Presse Alternativvorstellungen zur Struktur unserer Gesellschaft aus Unverständnis oder Absicht in die Nähe krimineller Delikte gerückt werden, wird eine Atmosphäre geschaffen, die Lynchjustiz möglich macht.“ Das Flensburger Tageblatt gibt an diesem Tag den gesamten Wortlaut der Resolution wieder und führt die Unterzeichner auf: Zu ihnen gehörten unter anderen Prof. Dr. Stenzel, Prof. Dr. Mertineit, Guntram Vogt, Michael Göhler und Klaus Hahne.

In einem von Dr. Guntram Vogt, wissenschaftlicher Assistent an der PH, verfassten Flugblatt heißt es ähnlich:

„FLENSBURGER !

Auf das SDS-Mitglied Rudi Dutschke wurde gestern in Berlin ein Attentat verübt. Der Täter – ein stellenloser 23-jähriger Bauarbeiter – steht nicht allein. Monatelange Hetze von Seiten der Springer-Presse, Senat und Regierung haben die politische Atmosphäre so vergiftet, daß man sie als die eigentlichen Urheber des Attentats bezeichnen muß. […]

Gewalt von dieser Richtung wurde als bedauerlicher Vorfall verharmlost, die verzweifelte Gegenwehr der Minderheit als Terror hochgespielt. […]

Demonstration gegen die BILD-Zeitung und die Springerpresse nach dem Dutschke-Attentat im April 1968 vor der Flensburger Nikolaikirche.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

Wer jahrelang Haß gegen 'langbehaarte Affen' sät, kann sich nicht wundern, wenn er auf die aussichtslose Gewalt der Geschmähten und Verfolgten trifft."

Die „verzweifelte Gegenwehr" und „die aussichtslose Gewalt der Geschmähten und Verfolgten" ließen nicht lang auf sich warten und machten sich in Demonstrationen gegen das Flensburger Tageblatt und bei Verbrennungen der Bild Zeitung Luft.

Die Proteste gegen das Flensburger Tageblatt. Kaum eine Person polarisierte im Flensburg am Ende der 1960er Jahre so stark wie der Chefredakteur im Politikressort des Flensburger Tageblatts, Gerhard Bühmann. Die auf das Tageblatt einhagelnden Proteste waren von einer Heftigkeit, die mit der Kampagne gegen den Axel-Springer-Verlag zu vergleichen ist. Während sich der Protest sonst an gesellschaftlichen Verhältnissen, Kriegen oder zumindest den Fahrpreiserhöhungen im Flensburger Nahverkehr entzündete, war Bühmann die einzige 'personale Zielscheibe' der lokalen Aktionen. Bei aller Abneigung oder Bewunderung wird Bühmann von allen Zeitzeugen bescheinigt, ein sehr talentierter und hochintelligenter Journalist gewesen zu sein.

Der ehemalige Aktivist Henning Nielsen urteilt im Rückblick über die Ausrichtung des Flensburger Tageblattes, Chefredakteur Bühmann und dessen Sicht auf die Protestbewegung: „Es ist meiner Meinung nach absolut auffällig, und auch mit keiner anderen Zeitung, auch nicht aus dem zu Recht so gescholtenen Springer-Konzern zu vergleichen gewesen, es ist wirklich der 'Bayern-Kurier' des

Demonstration vor dem Verlagshaus des „Flensburger Tageblattes" in der Nikolaistraße im Mai 1968.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

Nordens in seiner tatsächlich strategischen, also langfristigen politischen Ausrichtung gewesen. Bühmann ist ein intellektueller Fuchs gewesen, der überdeutlich reaktionär ausgerichtet propagiert hat: 'Diese Leute da [die Mitglieder der Protestbewegung], diese Mini-Maos sind mir eigentlich völlig uninteressant.'"

Pastor Grell beschreibt Bühmann als „eine milde Form von Feind, an dem man sich immer wieder gerieben hat. Bühmann konnte schreiben, was er wollte, irgendeiner hat immer eingehakt, um ihm einen überzubraten." Grell gesteht der Zeitung jedoch auch zu, dass außergewöhnlich viele Leserbriefe abgedruckt wurden: „Das schuf ja eine tolle Atmosphäre, alle möglichen Leute meldeten sich zu Wort. Diese Zeitung hat in dieser Zeit in unserer Gegend eine größere Rolle gespielt als ich es je irgendwo später erlebt habe." Bühmann selbst beschreibt seinen Umgang mit den Leserbriefen folgendermaßen: „In der Regel hab ich mir die Politischen immer angeguckt. Und in der Regel hab ich sie durchgehen lassen. Wenn sie allzu 'pöbelhaft' waren, was ja vorkam, dann hab ich den Betreffenden angerufen und gesagt: „Komm mal her, dann können wir mal 'schnacken'." Da hab ich mir jeden Einzelnen vorgenommen und dann gingen die meisten ganz befriedigt weg und verzichteten auf ihren Mist. […] Dass man einfach was wegließ, das habe ich nie gemacht. Die kriegten Bescheid und auch weswegen. Wir haben ganze kritische Leserbriefseiten gehabt, auch im theologischen Bereich." Auch Tamara Tschikowani hebt neben ihrer Kritik an der Ausrichtung der Zeitung das demokratische Element der zahlreichen Leserbriefe hervor: „Man hat auch damals oft versucht, Leserbriefe zu

Protestdelegation beim Chefredakteur des „Tageblatt"-Politikressorts Gerhard Bühmann (li.) im April 1968.
Quelle: Privatarchiv des Autors.

schreiben, selbst dieses Mittel haben wir benutzt. Für ein Blatt, das DDR in Anführungsstrichen schrieb, haben die relativ viele Leserbriefe veröffentlicht. Meine Güte, was es da für Überschriften zum Teil gab … Auch gerade im Flensburger Teil, wie da über uns gehetzt wurde, das war unglaublich."

Insgesamt ist es zu zwei Blockaden des Flensburger Tageblattes gekommen: am Samstag vor Ostern 1968 und in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1969. Nach einem Teach-in in der pädagogischen Hochschule begaben sich die Protestierenden in die Innenstadt und setzten sich vor die Auffahrt des Tageblatt-Gebäudes. Henning Nielsen war dabei und beschreibt den Ablauf der Protestaktion: „Das war dann ein gewisses Vabanquespiel, die Aktiven hatten das zwar geplant: Wir wollen da runter und wollen die Auslieferung blockieren, das war das Ziel. Es gab aber das Wagnis, darüber abstimmen zu lassen, damit auch möglichst alle mitkommen. Das war schwer zu kalkulieren, ob die nun alle mitkommen. Es war ja nachts, könnte ja auch sein, dass die Leute sagen: 'Jetzt hab ich aber keinen Bock mehr.' Es ist aber tatsächlich so gewesen, dass mit überwältigender Mehrheit alle gesagt haben, 'wir gehen da mit runter'. Es wurde sehr schnell zum Auflauf, in den wenigen Kneipen und Diskotheken, die es da gab, da ging die Parole rum 'Alle zum Tageblatt !', es waren dann nachher noch ein paar mehr da als die, die bei der Veranstaltung dabei waren. Es wurde versucht, die Auslieferung der Zeitungen zu blockieren, Einfahrten dicht zu machen. Merkwürdigerweise war es dann so, dass nachher ganz viele Tageblätter in der Förde

Blockade des „Flensburger Tageblatts" in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1969: Eine Hundertschaft der Polizei gewährleistet die Auslieferung der Zeitungen. Quelle: Privatarchiv des Autors.

schwammen. Auch auf so einer Ebene gab es sehr viel Vorbereitung und sehr viele Versuche, das auch handfest umzusetzen. Aber im Endeffekt kam man nicht gegen die große 'Fabrik' an. Es ist im Nu wohl nachgedruckt worden. Jedenfalls war es so, es gab bestimmte Verteilstationen, an denen für die verschiedenen Kioske, Zwischenhändler oder für die Verteiler das Tageblatt hingelegt wurde. Man ist dann da hinterher gefahren und hat die wieder eingesammelt. Es war nachher trotzdem so, dass die Zeitung überwiegend wohl in den Briefkästen lag. Man hatte unterschätzt, dass das Tageblatt vorbereitet sein würde und dass so viel Polizei da war." Gegen drei Uhr setzte die Polizei zum ersten Mal in Flensburg Wasserwerfer gegen Demonstranten ein.

Fast jede Demonstration zu jedem Thema führte am Gebäude des Tageblattes vorbei, unzählige Male gingen die Scheiben des Verlagsgebäudes zu Bruch. Wie Bühmann und der Verlagsleiter Macknow – wahrscheinlich typisch für die Kriegsgeneration – die Proteste wahrnahmen, beschreibt die ehemalige Redakteurin Grete Jensen: „Als die uns belagerten, war er ins Haus gekommen und hatte seine Sekretärin beauftragt, uns Würstchen warm zu machen. Wir konnten ja nicht raus. Ich komme in die obere Etage im alten Haus, da steht Herr Macknow am Fenster und da sag ich: 'Guten Abend, Grete Jensen.' Da sagt er, völlig für mich überraschend: ‚Ach kommen Sie doch mal her, mein Kind. Ich habe gehört, Sie haben studiert in Berlin. Können Sie mir sagen, was mit dieser Jugend los ist ? 'Damals', sagte er, ‚stand vor unserem Berliner Verlagsgebäude die SA und brüllte.' Er konnte sich einfach nicht erklären, wie sich so etwas wiederholen konnte. 'Das ist ja fast wie der Pöbel damals.'" Zeitweise nahmen die Proteste noch drastischere Züge als Sachbeschädigungen an: So sah sich Macknow gezwungen, alle Mitarbeiter des Redaktionsgebäudes mit Gummi-Schlagstöcken auszustatten. Sein Chefredakteur Bühmann musste sich auf Flensburgs Straßen Pöbeleien anhören und wäre zusammen mit seinem Sohn von einer Gruppe Jugendlicher einmal beinahe handgreiflich angegangen worden; Pastor Hoffmann sprang jedoch dazwischen und beruhigte die aggressiven Jugendlichen.

Auch nach den Vorkommnissen rund um eine NPD-Wahlkampfveranstaltung im August 1969, auf die im Folgenden noch detaillierter eingegangen wird, gab es Widerstand gegen die Berichterstattung des Flensburger Tageblattes. In der „Tageblatt-Gegenzeitung", einem APO-Flugblatt, heißt es hierzu: „Über eine Woche hatte vor allem das Flensburger Tageblatt Zeit, zu zeigen, zu welcher Lüge und Hetze es fähig ist. Diese Kampagne gegen die NPD-Aktion fand ihren Höhepunkt in hämischen Berichten über Waffenfunde, die angeblich bei der APO gemacht worden sein sollen. Diese Kampagne bewies aber vor allem die Unfähigkeit der bürgerlichen Presse, diejenigen zu begreifen, die der NPD rechtzeitig Widerstand entgegensetzen. Diese Kampagne kriminalisiert den Willen der überwiegenden Mehrzahl der Demonstranten des 22. August. Es ist Zeit, diesen Lügnern die Wahrheit entgegenzuhalten." Es folgen Zitate aus den

betreffenden Tageblattberichten der vorhergehenden Tage unter den Überschriften „Das F.T. behauptet: …“ und Gegendarstellungen unter „wahr ist: …“. Im Schlusswort schreibt der Herausgeber des Flugblattes: „Wer solche Lügen und Entstellungen, wie die eben aufgedeckten, braucht, demokratischen Widerstand gegen den NPD-Faschismus als kriminell abzustempeln, ist selbst Faschist. Das gilt vor allem für die Schreiberlinge des Flensburger Tageblatts.“

Vietnam-Demonstrationen. An der PH Flensburg waren alljährlich Amerikatage abgehalten worden. Im Jahre 1969 wurden diese kulturellen Veranstaltungen auf Beschluss des Konvents abgesagt, weil man antiamerikanische Demonstrationen befürchtete und der Asta der PH mit der „Anwendung begrenzter physischer Gewalt“ gedroht hatte. In einer Flugblatt-Einladung zu einem Teach-in anlässlich des Vietnam-Tages am 15. November 1969 in der PH Flensburg werden die Ereignisse in Vietnam zusammengefasst und schließlich zur Solidarität mit dem „Kampf der unterdrückten und hungernden Massen der unterentwickelten Länder“ aufgerufen: „Der praktische solidarische Beitrag, den wir dazu leisten können, liegt darin, dass wir uns die Interessen der vietnamesischen Arbeiter und Bauern zu eigen machen und den Kampf gegen den Kapitalismus im eigenen Land verstärkt aufnehmen. Das ist die Aufgabe heute für alle Arbeiter, Lehrlinge, Schüler, Studenten und revolutionären Intellektuellen.“ Auch das Sozialistische Zentrum forderte zur Teilnahme am Vietnam-Tag auf und lud in einem Flugblatt ebenfalls zum Teach-in in die PH; der in der Aufforderung angeschlagene Ton ist allerdings weitaus aggressiver und das Blatt in seinen Informationen deutlich reduzierter:

„Leistet internationale S o l i d a r i t ä t !
Gegen den U.S. J m p e r i a l i s m u s !
Spendet für den Sieg der N a t i o n a l e n B e f r e i u n g s-
f r o n t ! (FNL), dem einzigen legitimen Vertreter des leidenden Vietnamesischen Volkes!!
H e l f t den US-Krieg beenden !
Der Kampf gegen die Ausbeuter findet auch bei uns statt !
A l l e s für den S i e g
D e n g r o ß e n S i e g“
==========

In den Flugblättern rund um die Vietnam-Demonstrationen finden sich immer wieder Spendenaufrufe für den Vietkong. Der Protest gegen das amerikanische Vorgehen in Vietnam äußerte sich des Weiteren in Kritik gegen die Hollywood-Produktion ‘Die grünen Teufel’ (‘Green Berets’) mit Regisseur und Hauptdarsteller John Wayne, die im Roxy-Kino in der Norderstraße aufgeführt werden sollte. Zu einer Demonstration zu diesem Thema kam es am 26. November 1968. Ein Zeitungsbericht am darauffolgenden Tag in der Heimatzeitung spricht von 150 Teilnehmern, während in einem Fernschreiben des 2. Polizeireviers an das Schutzpolizeiamt in Kiel von „80 Personen, überwiegend Schüler und Studenten“ die Rede ist. Der Film, gegen dessen Zulassung auch die ‘Deutsche Friedens-

gesellschaft' und die 'Internationale der Kriegsdienstverweigerer' bei der Bundesregierung appelliert hatten, zog deshalb den Unmut von SDS, SHB und AUSS auf sich, weil das „faschistische Propaganda-Machwerk" nach ihrer Meinung zum Rassenhass aufrufe und den Völkermord verherrliche. Es kam zu Auseinandersetzungen mit einigen Polizeibeamten, welche die Personalien von drei Demonstranten feststellen wollten, die den Vorraum des Kinos nicht verlassen wollten und sich somit des Hausfriedensbruches schuldig machten. Außerdem war es zu Hakenkreuz-Schmierereien auf den Filmplakaten gekommen, was eine Anzeige wegen Sachbeschädigung zur Folge hatte. Daraufhin zog der Demonstrationszug zum 1. Polizeirevier und 42 Personen „erstatteten Selbstanzeige wegen Hausfriedensbruches und Sachbeschädigung".

Die NPD-Wahlkampfveranstaltung. Am Freitag, den 22. August 1969, veranstaltete die Nationaldemokratische Partei Deutschlands, NPD[7] unter dem Vorsitz von Adolf von Thadden ihre Auftaktveranstaltung zum Bundestagwahlkampf 1969 im großen Saal des Deutschen Hauses. Die Verwaltung der Stadt Flensburg hatte der NPD zuerst eine Nutzung des Deutschen Hauses genehmigt, dann ihre Zustimmung jedoch wieder zurückgezogen. Das Schleswig-Holsteinische Oberlandesgericht hatte am 28. Februar 1969 per einstweiliger Verfügung angeordnet, der Partei sei „die Benutzung des großen Saales im Deutschen Haus nebst Zugangs- und Nebenräumen sowie der Lautsprecheranlage zu gestatten", wie das Flensburger Tageblatt be-

7 Die NPD wurde 1964 gegründet und ging im Wesentlichen aus der vormaligen DRP (Deutsche Reichspartei) hervor. Auch der ehemals nationalliberale Flügel der FDP war Herkunftsort einiger NPD-Funktionäre. Ihre größten Erfolge erzielte die Partei Ende der sechziger Jahren, als es ihr gelang, in sieben Landtage gewählt zu werden. Die NPD erzielte Ergebnisse von bis zu 9,8% (Baden-Württemberg, 1968). Bei der Bundestagswahl am 28. September 1969 erreichte die NPD bundesweit und in Flensburg den identischen Wert von 4,3 Prozent der Wählerstimmen und scheiterte an der Fünf-Prozent-Hürde und somit am Einzug in den Bundestag.

NPD-Wahlkampfveranstaltung im „Deutschen Haus" am 22. August 1969: 500 Polizisten und eine Absperrung sichern den reibungslosen Verlauf des Auftritts des NPD-Vorsitzenden Adolf von Tadden. Quelle: Privatarchiv des Autors.

richtet. Hierzu äußerte sich Oberbürgermeister Heinz Adler gegenüber Flensborg Avis am 23. August folgendermaßen: „Wir haben ein Urteil des OLG darüber, dass wir der NPD den Zutritt zum Deutschen Haus nicht verweigern dürfen. In meinen Augen wirkt es grotesk, dass wir unsere Polizei einsetzen müssen, um die NPD zu beschützen. Die großen Parteien sind zu feige gewesen zu verlangen, die NPD zu verbieten, und dafür müssen wir kleinen Kommunalpolitiker büßen. Das ist bedauerlich."

NPD-Funktionäre musterten im Vorfeld der Veranstaltung eingehend Räume sowie Ein- und Ausgänge des Saales. Die rechte Partei unterhielt einen eigenen Ordnungsdienst, dessen zum Teil gewalttätige Methoden gegenüber Demonstranten bei anderen Veranstaltungen bundesweit in kritischen Dokumentar-Fernsehsendungen angeprangert worden waren. Es war abzusehen, dass die Veranstaltung im Deutschen Haus zu einer Machtprobe zwischen APO und NPD, beziehungsweise APO und Polizei ausufern würde. Die Ratsversammlung erließ einen Zeitungsaufruf und mahnte darin zur Besonnenheit. Auch die IG Metall rief in einer großen Zeitungsanzeige am 21. August auf, die NPD-Versammlung zu ignorieren. In der Anzeige heißt es:

„Flensburger Bürger !

Am 22. August will Adolf von Thadden im 'Deutschen Haus' den Wahlkampf seiner Partei eröffnen. Mit einem ungestörten Verlauf der Veranstaltung kann nicht gerechnet werden. Es liegen zuverlässige Informationen vor, nach denen mit schweren Zusammenstößen gerechnet werden muß. Gebt den Schlägern keine Gelegenheit, Flensburg zu einem zweiten Frankfurt[8] zu machen ! Laßt die Unbelehrbaren unter sich ! Bleibt der Veranstaltung fern !"

Am Nachmittag des Tages führten die Jungsozialisten unter der Leitung von Jürgen Voß, Studienrat an der Berufsschule, in der Stadt eine Demonstration gegen die Wahlkampfveranstaltung durch. Es war ein Versuch, den Unwillen der Jugendlichen in gewaltlose Bahnen zu lenken. Diese Demonstration fand allerdings nur geringen Zuspruch und wurde von den radikaleren Kreisen Flensburger Linker eher belächelt. Währenddessen flogen den gesamten Tag über drei Flugzeuge mit Spruchbändern über der Stadt, auf denen der Wahlslogan der Partei, „NPD – Sicherheit durch Recht und Ordnung", zu lesen war.

Das Gelände rund um das Deutsche Haus war am bereits in den Nachmittagsstunden des 22. Augusts in eine Festung verwandelt worden. Der Parkplatz neben dem Gebäude wurde vollständig geräumt, das Gelände mit Absperrgittern eingefasst. Rund um die Absperrung standen seit dem Nachmittag 500 Bereitschaftspolizisten bereit, davon 300 von außerhalb. Ungefähr 700 NPD-Sympathisanten reisten unterdessen aus ganz Norddeutschland an, während sich jenseits des Zaunes die Gruppe der Demonstranten formierte, die ebenfalls aus dem gesamten Norden und Dänemark zusammengekommen waren. Zum Ende der nicht allzu üppig besuchten Protestkundgebung der Jungsozialisten auf dem Südermarkt hatten sich

8 Einige Wochen zuvor wurden in Frankfurt bei einer ähnlichen Veranstaltung linke Demonstranten von NPD-Ordnern niedergeschlagen und schwer verletzt.

am späten Nachmittag zu beiden Seiten des Marktplatzes bis hin zum Deutschen Haus zahlreiche Flensburger Bürger, mancher schaulustig, mancher politisch motiviert, versammelt. Die Bürgersteige gegenüber der Versammlungshalle und in der Bahnhofsstraße waren gedrängt voll. Die Zahlen in den Presseberichten schwanken zwischen 3000 bis 5000 Menschen vor dem Deutschen Haus.

Demonstrationsteilnehmerin Tamara Tschikowani beschreibt sicherlich exemplarisch für die Motivationslage vieler Anwesender, dass es für sie einfach unvorstellbar war, eine Machtdemonstration der NPD ohne irgendeine Art von Widerstand tolerieren zu können. Tschikowani führt die große Anzahl der Demonstranten auch auf die umfangreiche Aufklärungskampagne des SDS zurück, die schon Wochen vor dem Veranstaltungstermin einsetzte. Diese „war ganz einfach gut recherchiert und die Argumente haben auch viele Menschen überzeugt, die überhaupt nicht per se zu unserem Lager gehörten, die mit dem SDS oder mit uns Schülern überhaupt nichts am Hut hatten und die einfach darüber erschrocken waren, dass es wieder möglich war, dass die NPD zur Bundestagswahl kandidiert. Das hat wirklich eine Menge Leute mobilisiert."

Während die Teilnehmer der Veranstaltung, darunter der Parteivorsitzende Adolf von Thadden, durch die Nebeneingänge hinein ins Deutsche Haus geleitet wurden, formierten sich vor der Absperrung die Fronten zwischen der Polizei und den linken Demonstranten. Gegen 20 Uhr begann die befürchtete Straßenschlacht. Je nach politischer Einstellung widersprechen sich die Darstellungen der Augenzeugen: Die einen berichten von zunächst grundlos und brutal prügelnde Polizisten, die anderen – wie in der Berichterstattung des Flensburger Tageblatts aufgenommen – sahen zuerst Steine werfende Demonstranten. Pastor Grell äußert sich rückblickend kritisch über die Taktik der Polizei: „Geärgert habe ich mich […] über die Polizei, denn die hat das nicht verhindert, das Steinewerfen. Das ist ja nachher die Gesamttaktik der Bullen in der Bundesrepublik gewesen, die ließen das einfach geschehen, dann konnten die Leute greifen. Dann hatten die eine Straftat begangen, dann konnten sie auf sie einprügeln. So ist es da eben auch gelaufen." Einsatzleiter Fleischfresser lobt hingegen die „tolle Moral" seiner Beamten bei dem „unangenehmen Einsatz". Diese „gingen mit ‚Hurra' vor, das wurde dann ja auch wieder übel vermerkt – aber das brauchten die jungen Leute, um sich selbst Mut machen zu können, vergleichbar dem Pfeifen im dunklen Wald".

Als der Protestzug sich dem Deutschen Haus näherte, wurden Knallkörper, Flaschen und Steine auf die Ordnungskräfte geworfen. „Polizisten schützen Faschisten" und „Zick-Zack, Bullenpack", skandierten die Protestierenden. Mehr als eine Stunde tobte der zwischen den beiden Lagern hin- und herwogende Kampf. Eine gefährliche Entwicklung nahmen die Geschehnisse, als die Demonstranten Pflastersteine aus der Straßendecke lösten und damit die Polizisten bewarfen, 27 Ordnungshüter verletzten, und diverse Scheiben am Deutschen Haus zertrümmerten.[9] Die Sicherheitskräfte beschlag-

9 Der ehemalige Oberbürgermeister Heinz Adler hat einen der Steine zu einem Briefbeschwerer umfunktioniert; der Holzsockel trägt die Inschrift: „Bei einer NPD-Wahlveranstaltung am 22.8.1969 im Deutschen Haus gelang es einem Demonstranten – trotz eines Aufgebotes von 500 Polizeibeamten – diesen Stein durch ein Fenster ins Deutsche Haus zu werfen. Der dadurch entstandene Materialschaden betrug 3500 DM".

nahmten bei den Demonstranten unter anderem folgende Waffen: große Steinschleudern, Ketten mit angeschweißten Bleikugeln, Farb- und Gipsbeutel, vieradrige Kabel, Stöcke mit Handgriffen, feststehende Messer mit beidseitig scharfen Klingen, spitz geschliffene Krampen und die dazugehörigen Katapulte, Feuerwerkskörper und Nebelkerzen. Die Polizei ihrerseits setzte Tränengas, Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen die Protestierenden ein. Wobei man laut Einsatzleiter Fleischfressers Erinnerung davon ausgehen könne, „dass ein Wasserwerfereinsatz ja erst erfolgt, wenn schon ordentlich was losgewesen ist. Und gerade in Zeiten, in den die Polizei mit solchen Sachen noch gar nicht so die Erfahrung hatte, da hat man sich gescheut, solche Druckmittel einzusetzen.“ Elf Demonstranten wurden wegen des dringenden Verdachtes auf Landfriedensbruch festgenommen.

Am späten Abend versammelten sich die Demonstranten wieder auf dem Südermarkt, wo das bekannte Flensburger APO-Mitglied und Schlussredner Michael Göhler feststellte, „Flensburgs Bevölkerung habe gesehen, wie die Polizei die Faschisten schütze“.

Nach Angaben der Polizeiinspektion wurden insgesamt 27 Beamte verletzt, fünf davon schwer. Zwei Schwerverletzte seien von dem eigenen Sanitätsdienst versorgt worden, zwei Beamte nach ambulanter Versorgung im Krankenhaus entlassen worden. Ein Polizeimeister erlitt so schwere Verletzungen, dass er nach einer Behandlung im Diakonissenkrankenhaus Flensburg nach Neumünster verlegt werden musste. Über die Anzahl der Verletzten auf Seiten der Demonstranten machte die Presse nur vage Angaben. In den meisten Berichten ist von insgesamt 37 Verletzten die Rede, so dass man davon ausgehen kann, dass abzüglich der 27 Polizeibeamten insgesamt zehn Protestierende Blessuren davontrugen. Der gesamte Sachschaden am Deutschen Haus, dem Gebäude des Flensburger Tageblattes, dem Polizeipräsidium sowie an Polizeifahrzeugen einschließlich der Wasserwerfer wurde auf 10 000 DM geschätzt.

In nahezu allen größeren überregionalen Zeitungen der Bundesrepublik wurde über die Krawalle in Flensburg berichtet. In der ‘Welt am Sonntag’ am 24. August und der ‘Welt’ einen Tag später ist von „rund 100 Demonstranten“ und „37 Verletzten“ die Rede, die ‘Bild am Sonntag’ schreibt, es wären „die stärksten Krawalle nach dem Krieg in einer norddeutschen Stadt“ gewesen. Am 26. August veröffentlichte Tageblatt-Chefredakteur Gerhard Bühmann seinen umstrittenen Leitartikel „Wie damals ?“. In diesem kritisierte er scharf, dass sich die Polizeibeamten mit Knallfröschen, Flaschen und Steinen bewerfen lassen mussten, während eine vieltausendköpfige Menge zusah. Dann jedoch verglich er das Vorgehen und den Geist der APO mit dem der Nationalsozialisten von 1933, was in der Leserbriefrubrik der nächsten Tage harsche Gegenwehr, zum Beispiel von Seiten einiger Flensburger Pastoren, aber von anderen Seiten auch Beifall provozierte. Noch Wochen nach der Wahlveranstaltung der NPD stritten sich Vertreter verschiedenster Ansichten in der Rubrik ‘Unsere Leser schreiben …’ des Flensburger Tageblattes

über den Verlauf, die Aktionen und Reaktionen auf Seiten der Polizei und der Demonstranten sowie über den Umgang mit der APO im Allgemeinen sowie in Flensburg im Speziellen.

Die 'Aktion Roter Punkt'. 1970 kam es auf Grund der Fahrpreiserhöhungen im städtischen Nahverkehr[10] zu einer Solidarisierung und Mobilisierung von protestierenden Schülern, Studenten und Auszubildenden. Proteste gegen überhöht empfundene Fahrpreise gab es seit Mitte der 1960er Jahre in sehr vielen deutschen Städten. In Flensburg informierten die Stadtwerke mit Zeitungsannoncen und Postwurfsendungen über die Fahrpreisänderungen und erläuterten, dass der Kauf von Streifenkarten die erhoffte Entlastung für das reduzierte Personal bringe, denn „wenn diese Möglichkeit ausgenutzt wird, tritt für den größten Teil unserer Fahrgäste keine Fahrpreiserhöhung ein."

Die Bezeichnung 'Aktion Roter Punkt'[11] entstand während dieser Protestaktionen, wobei die gewählte Farbe des Punktes durchaus als politische Anspielung zu verstehen ist. An Straßenkreuzungen, Ampeln und anderen Punkten, an denen es für Autos zu Wartezeiten kam, verteilten die Demonstranten kleine Pappschilder mit roten Punkten. Dieses Schild sollten die PKW-Fahrer an der Windschutzscheibe befestigen, um so zu signalisieren, dass sie bereit waren, jeden Passanten unentgeltlich zu befördern. Gleichzeitig wurden die Fußgänger in Flugblättern dazu aufgefordert, nicht mit den Omnibussen und Straßenbahnen zu fahren, sondern mit den durch rote Punkte gekennzeichneten Privatwagen. Das Zentrum der Aktion mit den Hauptinitiatoren Siegfried Richter und Karl-Heinz Lorenzen lag in den Studentengruppen der Pädagogischen Hochschule, aber zum Beispiel auch Mittelschüler der Käte-Lassen-Schule waren maßgeblich beteiligt. Der praktische Erfolg der Aktion war eher gering. Flensborg Avis berichtet am 4. Mai 1970, dass von tausend Flensburger Autos höchstens zwei einen roten Punkt aufwiesen.

Henning Nielsen ordnet die Aktion rückblickend in den APO-Gesamtkomplex ein: „Damals war es so, dass das auch hier in Flensburg kurzzeitig ziemlich viele Leute auf die Beine gebracht hat und es eine richtige Sympathiewelle gegeben hat, es gab tatsächlich auch hier kurzzeitig viele, die da gegen Unkostenbeteiligung die Beförderung in die eigenen Hände nahmen. Da fühlte man sich natürlich wie sonst was, da war man wirklich Avantgarde. Aber es war natürlich nicht nachhaltig politisch. Es hat Zeiten gegeben, wo es jeden Tag Auseinandersetzungen um die olle Straßenbahn gegeben hat, das war schon gut. Obwohl es in eine Zeit fiel, wo sich die APO gerade selbst zerlegte: Das heißt, es fanden erste getrennte und heftigst umstrittene Organisierungsversuche statt, die DKP war plötzlich da, die KPD-ML war gegründet worden, es versuchten sich einige als Rote Garden oder als Rote-Zelle-Schule zu organisieren. Und es gab das Sozialistische Zentrum, die wesentlich diese 'Aktion Roter Punkt' betrieben hatten. […] Und die Aktion hatte kurzzeitig eine erstaunliche Resonanz."

10 Seit 1950 war der Fahrpreis von 20 auf 40 und 50 Pfennige gestiegen, nun sollte für eine einfache Fahrt 60 Pfennige zu entrichten sein. Beim Kauf von Streifenkarten blieb der Fahrpreis unverändert, die Schülermonatskarte verteuerte sich um eine auf 16 Mark, die allgemeine Monatskarte von 25 auf 32 DM.

11 Die 'Aktion Roter Punkt' ist kein originär Flensburger Phänomen, sondern war bundesweit in zahlreichen Städten anzutreffen; in größeren Städten wie Bremen, Berlin, Kiel, Heidelberg, Hannover, Dortmund, Stuttgart, aber auch in kleineren, mit Flensburg vergleichbaren Städten wie Buxtehude oder Schweinfurt. In manchen Städten wie zum Beispiel Hannover setzten sich die Demonstranten durch – vor allem weil ihnen die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten gelang. In den meisten Städten blieben die Initiativen jedoch erfolglos.

4. AKTION ROTER PUNKT

– Gegen die Erhöhung der Fahrpreise –

1. Am letzten Sonnabend kam es in Flensburg zu einer der bisher größten Demonstrationen in der Innenstadt:
   - gegen die Erhöhung der Fahrpreise durch die Stadtbürokratie
   - für freie Fahrt zum Arbeitsplatz
   - für die Einführung des Nulltarifs (kostenlose Benutzung der Nahverkehrsmittel).

2. Zahlreiche Sympathiebekundungen aus der Bevölkerung zeigen, daß diese Forderungen der Demonstranten verstanden und von Vielen unterstützt werden. Immer mehr setzt sich die Einsicht durch: meckern allein nützt nichts – man muß gemeinsam etwas tun. Nur durch gemeinsames Handeln können wir die schleichenden Preissteigerungen (= Profitsteigerungen der großen Unternehmer) stoppen.

3. Allein die Kosten für den Aufmarsch hunderter von Polizisten, die auf Hinterhöfen etc. überall in der Stadt versteckt waren, hätten wieder einen Teil des bejammerten Defizits im öffentlichen Haushalt gedeckt. Das meinen wir zum Beispiel, wenn wir fordern, daß die Steuergelder am richtigen Platz ausgegeben werden müssen. Die Entscheidung lautet nicht: entweder Fahrpreissenkung oder Sprachlabor für eine Schule, sondern: Fahrpreissenkung und Sprachlabor, aber z.B. keine Ausgaben für die Stationierung einer Polizei-Hundertschaft in Flensburg!

4. Aus der ersten Empörung über die Fahrpreiserhöhung ist inzwischen ein unüberhörbarer Protest geworden. Es ist der Protest im Namen der Lohnabhängigen, der Protest derjenigen, die wissen: diese aktion kann nur erfolgreich sein, wenn sich immer weitere Teile der Bevölkerung mit ihr solidarisieren.

Flugblatt der „Aktionsgruppe Roter Punkt" aus dem Mai 1970, das die Flensburger Bevölkerung auffordert, die Proteste gegen die Fahrpreiserhöhungen der 'Flensburger Verkehrsbetriebe' tatkräftig zu unterstützen.
Quelle: IZRG-Archiv.

Am Freitag, den 1. Mai 1970, trat in Flensburg die neue Fahrpreisverordnung in Kraft. Das Aktionszentrum 'Roter Punkt' rief für den darauf folgenden Samstag zu einer Kundgebung auf den Südermarkt auf. Dieser Tag war auf Grund des vorausgehenden und des darauf folgenden Feiertages schulfrei. Kundgebung und Demonstration waren genehmigt. Sprecher war unter anderem der PH-Assistent Dr. Guntram Vogt. In dem zu dieser Kundgebung einladenden

Flugblatt, für das Siegfried Richter verantwortlich zeichnet, heißt es: „Die Preise für Fleisch, Brot und andere Lebensmittel steigen unaufhörlich. Die Kindergartenbeiträge werden höher. Die Mieten werden um 10% und mehr teurer. Der Grundpreis für Strom steigt um 20 – 50%. Die Flensburger Grossindustrie dagegen zahlt, nach Manövern, die man von Erpressungsversuchen nur schwer unterscheiden kann, nach wie vor die niedersten Tarife […].“

Immer wieder kam es in Flensburg zu Verkehrsblockaden: Am ZOB hinderten Demonstranten einen Stadtbus an der Weiterfahrt. Ein Sprecher des ‘Roten Punkts’ forderte die Fahrgäste auf, die Fahrt in den reichlich versammelten Studentenautos fortzusetzen. Ein Teil der Fahrgäste ignorierte die Aktion und blieb im Bus sitzen, ein anderer Teil stieg schimpfend aus dem Bus und setzte seinen Weg zu Fuß fort. Während es in Bremen, Kiel und Hannover zu kurzen und heftigen Aktionen gekommen war, wählten die Flensburger Aktivisten die ‘Taktik des langen Marsches’. Die Demonstrationen fanden im Mai 1970 nahezu jeden Abend statt und verliefen nach dem immergleichen Schema: Nach 17.00 Uhr versammelten sich die Teilnehmer auf dem Südermarkt. Einer der Initiatoren der Aktion hielt eine Rede, während die Zuhörer bereits die in der Nähe verlaufenden Straßenbahnschienen blockierten. Nach der Rede formierte sich ein Demonstrationszug, der den Weg durch die Flensburger Hauptverkehrsstraßen so wählte, dass die Straßenbahnen und Busse möglichst effektiv behindert wurden. Die Polizei schritt nicht ein, so lange der Demonstrationszug in Bewegung blieb. Meistens jedoch blieb der Zug an einer großen Kreuzung wie unbeabsichtigt stehen und blockierte den Verkehr. Bereitschaftspolizisten hatten nun die Aufgabe, die besetzte Kreuzung zu räumen, um den Verkehr wieder ungehindert fließen zu lassen. An anderen Tagen zogen die Demonstranten unter Anführung der Initiatoren durch die Arbeiterviertel der Stadt, wie zum Beispiel Duborg. Zuletzt strebte der Zug stets zurück zum Südermarkt, wo es zumindest noch zu einigen Diskussionen, manchmal auch zu weiteren Reden kam. Je nach Witterung dauerten die Veranstaltungen zwischen einer Stunde und drei Stunden.

In einem Zeitungsaufruf im Flensburger Tageblatt vom 9. Mai 1970 wandten sich die Stadtwerke an die Eltern und warnten, dass sich demonstrierende Kinder häufig in ihrer Unbesonnenheit in Gefahr brachten, wenn sie sich plötzlich einer Straßenbahn in den Weg stellten: „Wir halten es für unsere Pflicht, die Eltern der an den Behinderung unserer Omnibusse und Straßenbahnen beteiligten Jugendlichen auf die erheblichen Gefahren für Leib und Leben hinzuweisen, die mit diesen Aktionen verbunden sind. Unser stark beanspruchtes Personal tut selbstverständlich alles, um Verkehrsunfälle zu vermeiden. Es ist jedoch beobachtet worden, daß einige Demonstranten nicht davor zurückschrecken, das Risiko eines Unfalles auf sich zu nehmen, dessen Tragweite sie aufgrund ihres Alters nicht übersehen. Wir weisen auf die einschlägigen bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen hin, wonach Eltern für ihre Kinder haften, wenn sie ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen.“

Angemeldete Demonstration am 13.5.1970

Uhrzeit:	Meldungen
17.53	Demonstrationszug steht in Angelburger Straße, verhält am Bus
18.01	Zug biegt in Nikolaistraße ein
18.03	Demonstranten stürmen auf ZOB - Polizeieinsatz, Busse auf ZOB befreien -
18.07	Gruppe von 50 Personen behindern Bus in Rathausstraße, Höhe Commerzbank
18.08	Straßenbahn wird auf Holm blockiert
18.13	3 Busse nicht mehr fahrbereit - Luft aus Reifen- 1. Kreissparkasse/Nordergraben 2. ZOB/Zeitungsstand 3. ZOB/ Parkplatz
18.20	Richter hat Luft aus Bus gelassen
18.28	Bus aus Richtung Friesische Straße wird behindert
19.04	Bus in Höhe Kieler Anlagen - Richtung ZOB - wird behindert

Angemeldete Demonstration am 14.5.1970

Uhrzeit:	Meldungen
17.22	Straßenbahn aus Norden wird blockiert
17.27	Auf Südermarkt zwei Busse behindert
17.29	Straßenbahn hält auf Holm
17.32	Bus in Dr.-Todsen-Straße behindert - Polizeieinsatz Bus und Straßenbahn befreien -
17.48	Straßenbahn steht in Dr.-Todsen-Straße - Polizeieinsatz -
18.10	Festnahmen wegen Werfen von Knallkörpern in Polizeikette

Angemeldete Demonstration am 14.5.1970

Uhrzeit:	Meldungen
18.14	Dr. Todsen-Straße ist von Demonstranten besetzt Straßenbahn fährt nicht mehr
18.47	Demonstrationszug in Richtung Norden über Toosbüystraße hinaus
19.07	60 - 70 Personen blockieren Straßenbahn
19.09	3 Straßenbahnen in Richtung Süden werden blockiert
19.15	Zweite Bahn in Richtung Norden/Toosbüystraße blockiert - Polizeieinsatz -
19.29	Toosbüystraße stehen noch 2 Straßenbahnen
19.37	Dr. Vogt sitzt in Straßenbahn (Wagen 42) und fährt Richtung Norden, er hat keinen Fahrpreis entrichtet, verläßt Bahn
19.39	Holm/Rathausstraße
19.48	3 Straßenbahnen stehen in Höhe Feldstraße
19.52	Demonstranten blockieren vor Depot Straßenbahn
20.46	Vogt und 7 weitere Personen besteigen Telefondach

Angemeldete Demonstration am 15.5.1970

Uhrzeit:	Meldungen
17.35	Straßenbahn ist blockiert
17.40	Straßenbahn ist wieder frei
18.19	Demonstrationen für Sonntag und Montag, jeweils 11.00 Uhr über Megaphon angekündigt von Dr. Vogt
18.33	Demonstrationszug bleibt auf Kreuzung Rathausstraße stehen
19.01	Vogt spricht gegen die Polizei, er schimpft über Megaphon - Tonbandaufnahme -

Vorangehende Seiten:
Auszug aus den Meldungen der Polizei Flensburg über die Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen bei den 'Flensburger Verkehrsbetrieben', der den Verlauf der Proteste am 13., 14. und 15. Mai 1970 dokumentiert.
Quelle: IZRG-Archiv.

In den Flugblättern zur Aktion 'Roter Punkt' forderte man den Nulltarif, also die freie Nutzung der städtischen Verkehrsmittel. Damit sicherte man letztendlich auch den Fortgang der Demonstrationen für den Fall, dass die Stadt die Tariferhöhung rückgängig machen würde. Das Zentrum der 'Aktion Roter Punkt' lud schließlich alle Ratsherren der Stadt zu einer öffentlichen Diskussion in den großen Hörsaal der Pädagogischen Hochschule. Mit der Begründung einer zu kurzfristigen Einladung sagten die Stadtväter ab, luden die Aktionsvertreter allerdings ihrerseits zu einer Unterredung ins Rathaus ein. Dieser Einladung folgten die 16 Vertreter der Aktion nach einigem Zögern; das Treffen fand am 1. Juni 1970 im Rathaus statt und verlief insgesamt harmlos. Die Delegation der Stadt Flensburg war verhältnismäßig hochrangig besetzt; die dritte Fraktion bildeten die Vertreter der Stadtwerke. Alle Seiten nannten ihre Argumente. Das Flensburger Tageblatt vom 2. Juni gibt die wesentlichen Gesprächsinhalte wieder, die Stimmung und der Ton der Diskussion werden augenfällig: „Man stritt sich über die 'mangelhafte Aufklärung der Bevölkerung' (Vorwurf der 'Aktion Roter Punkt') und kritisierte die Ausgaben für Zeitungsinserate und Postwurfsendungen (Ratsherr Schumann: 'Sie haben größere Transparenz und Aufklärung gefordert, aber das kostet eben Geld.')." Ratsherr Stich meinte noch, man habe zwar Vorschläge gehört, aber keine Hinweise darauf, wie man sie verwirklichen könne ('Das ist nicht unsere Aufgabe', antwortete der Sprecher der 'Aktion'). Siegfried Richter von 'Aktion Roter Punkt' erklärte, das ganze Gespräch habe überhaupt keinen Zweck. 'Für mich ist das nur Geschnacke.' Alles sei eine Frage der Macht."[12]

Nach der Diskussion sagte einer der „Hauptsprecher" der Aktion, Karl-Heinz Lorenzen, gegenüber dem Flensburger Tageblatt: „Wir haben keine Übereinstimmung erwartet; wir werden die Werbung für unsere Aktion fortsetzen. Wir meinen, daß in der Bundesrepublik genügend Geld vorhanden ist; es müßten nur die Milliarden, z.B. für die Rüstung, umgelegt werden." Die Aktion sei gescheitert, so wird Aktivist Siegfried Richter im Flensburger Tageblatt zitiert, „weil wir keine Straßenbahn umgeworfen, keine der faschistischen Straßenbahnfahrer verprügelt und keine Weiche einbetoniert haben". Ein Übereinkommen hatte scheinbar niemand erwartet, ohne Ergebnis ging man auseinander – die Aktion 'Roter Punkt' fand ein stilles Ende.

Diskussionsveranstaltungen und kleinere Aktionen. Neben den großen Aktionen gab es natürlich auch in Flensburg kleinere Sit-ins, Teach-ins, Hearings, Events und Happenings, meist zu tagespolitischen Themen.

Auf dem Südermarkt verbrannten APO-Anhänger vor der Nikolaikirche immer wieder Ausgaben der Bild Zeitung: Eine Aktionsform, wie sie in dieser Zeit überall in der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Vor allem nach den Schüssen auf Rudi Dutschke formierten sich allerorten sogenannte 'Anti-Springer-Kampagnen'. Die

12 Da es sich bei der Anhörung nicht um eine offizielle Sitzung der Flensburger Ratsversammlung handelte, ist ein Protokoll dieser Veranstaltung nicht archiviert.

Bekanntmachung der Stadtwerke Flensburg

Wir halten es für unsere Pflicht, die Eltern der an der Behinderung unserer Omnibusse und Straßenbahnen beteiligten Jugendlichen auf die erheblichen Gefahren für Leib und Leben hinzuweisen, die mit diesen Aktionen verbunden sind. Unser stark beanspruchtes Fahrpersonal tut selbstverständlich alles, um Verkehrsunfälle zu vermeiden. Es ist jedoch beobachtet worden, daß einige Demonstranten nicht davor zurückschrecken, das Risiko eines Unfalles auf sich zu nehmen, dessen Tragweite sie aufgrund ihres Alters nicht übersehen. Wir weisen auf die einschlägigen bürgerlich-rechtlichen Bestimmungen hin, wonach Eltern für ihre Kinder haften, wenn sie ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkommen.

Wir sind nach Gesetz und Satzung verpflichtet, Schadenersatzansprüche gegen diejenigen geltend zu machen, die unsere Verkehrsmittel vorsätzlich an der Durchführung der Personenbeförderung hindern. Ein erheblicher Schaden ist uns schon jetzt erwachsen durch erhöhte Personalkosten, Fahrgeldausfälle und Rückerstattungen von Fahrgeld.

In diesem Zusammenhang geben wir bekannt, daß wir selbstverständlich an diejenigen Fahrgäste, die aufgrund der Behinderung unserer Verkehrsmittel nicht befördert werden können, das bereits bezahlte Fahrgeld zurückerstatten. In diesen Fällen wird unser Fahrpersonal die Fahrscheine mit einem entsprechenden Vermerk versehen.

Stadtwerke Flensburg

Aufruf der 'Stadtwerke Flensburg' vom 9. Mai 1970 an die Eltern der protestierenden Jugendlichen, um sie an ihre Aufsichtspflicht zu erinnern. Gleichzeitig warnen sie vor Unfällen im Rahmen von Blockadeaktionen, für die sie gegebenenfalls Eltern in Haftung nehmen wollen. Quelle: IZRG-Archiv.

runden „Enteignet Springer"-Aufkleber waren auch in Flensburg allgegenwärtig.

Als die Bundesgesundheitsministerin Käte Strobel und die Bundestagsabgeordnete Annemarie Renger (beide SPD) am 5. August 1969 Flensburg besuchten, sprengten 50 APO-Anhänger eine SPD-Versammlung im Deutschen Haus. Die Jugendlichen hatten schon die Reden der beiden Politikerinnen „fortwährend mit Zwischenrufen und rhythmischem Klopfen" gestört. Der Versammlungsleiter der von 350 Personen besuchten Veranstaltung verwahrte sich gegen eine Umfunktionierung der Veranstaltung, woraufhin die Störer einen neuen Diskussionsleiter wählen lassen wollten. Kurz darauf stürmten die Demonstranten die Bühne und es kam zu Handgreiflichkeiten mit Polizeibeamten. Stühle, Aschenbecher und Flaschen wurden auf die Bühne geworfen und auch der SPD-Kreisvorsitzende Walter Suck wurde in das Handgemenge verwickelt.

Der SDS und der AUSS riefen für den 21. August 1968 zu einer spontanen Demonstration gegen die Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR auf. Die etwa einhundert Demonstranten skandierten: „Wir marschieren auf dem Holm, weil in Prag die Panzer roll'n" und „Dubcek, Dubcek – Solidarität". Die Transparente trugen Inschriften wie: „US-Imperialismus in Vietnam. UdSSR-Imperialismus in der CSSR", „Stoppt die stalinistische Invasion" oder „Solidarität mit den Prager Genossen". In dem gemeinsamen Flugblatt der beiden Organisationen schreibt Michael Göhler: „Die historische Voraussetzung für eine echte Demokratisierung, die Überführung der Produktionsmittel in Gesellschaftshand, ist in der Tschechoslowakei wie in den anderen Ländern des sozialistischen Lagers bereits vollzogen. Jetzt begann in Prag die Beteiligung der Volksmassen am politischen Entscheidungsprozess. Das ist den Spätstalinisten im Ostblock ein Dorn im Auge. Mit militärischer Intervention versuchen sie die Entscheidungsgewalt über seine eigenen Angelegenheiten zu verhindern. Weiterhin propagieren sie eine Diktatur über das Proletariat."

Am 13. Mai 1969 veranstaltete der Jugendwohlfahrtsausschuss der Ratsversammlung im Jugendtreff Exe ein 'Hearing' mit Flensburger Jugendlichen. Es ging um das „Ordnungsrecht, die Bildungsforderungen der Schüler und Studenten, die Entfaltungsmöglichkeiten im beruflichen und politischen Leben, um das Generationenproblem, um die Frage der Demokratisierung und das Mitspracherecht der Jugend", wie das Flensburger Tageblatt am Tag nach der Veranstaltung schreibt. Eingeladen waren Studierende, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Polizei- und Bundeswehrangehörige sowie Vertreter der weiterführenden Schulen und der Hochschule. Thema sollte auch die „Schock-Therapie der APO" sein, Sprecher des AUSS, SDS oder SHB hatte man jedoch nicht eingeladen. „So habe man das Gespräch von vornherein in eine gewisse Richtung gesteuert", äußerten die Vertreter der Schülerschaft des Alten Gymnasiums Konstantin von Kerssenbrock und Volker Willandsen. Die Veranstaltung verlief entsprechend gesittet – formuliert wurden Forderungen wie Beihilfe und Unterstützung beim Besuch des Hallenbades, bei der Benutzung des Stadions und der Turnhallen, finanzielle Hilfen für die Schülermitverwaltung und den AStA, billigere Theaterkarten und ähnliches mehr. Als das Generationenproblem zur Sprache kam, bestritt Ratsherr Barnitzke von der SPD dessen Brisanz, „weil es das schon immer gegeben hat".

Im Kindergarten der Kirchengemeinde Engelsby kam es 1970 zur offenen Kontroverse zwischen Erziehern und dem Kirchenvorstand. Die Erzieher ermunterten die Kinder innerhalb ihres antiautoritären Erziehungsansatzes dazu, ihr Spielzeug kaputt zu machen. Sodann erwarteten sie von dem Träger des Kindergartens, der Kirche, die Neuanschaffung der Spielgeräte. Der Kirchenvorstand weigerte sich. Als das Erzieherteam zu einem Wochenendseminar auf das Gelände des Kindergartens eingeladen und unerlaubt den Briefstempel der Kirchengemeinde benutzt hatte, außerdem das Gebäude

zur Übernachtung der angereisten Gäste dienen sollte, kam es zum offenen Konflikt mit dem Kirchenvorstand. Der Workshop wurde in eine Jugendherberge verlegt, den Erziehern wurde gekündigt und die Kinder vorübergehend von Erzieherinnen der benachbarten Kirchengemeinden betreut.

Inspektionsleiter Fleischfresser ist vor allem noch der Besuch von Franz-Josef Strauß in Flensburg gegenwärtig: „Es war natürlich auch wieder angedroht worden von Seiten der Gegner Klamauk zu machen. […] Ich unterhielt mich gerade mit Marianne Strauß, seiner Frau, da wurde ich an das Telefon gerufen, da war meine Leitstelle dran und sagte mir, dass gerade eine Bombendrohung eingegangen sei. Ich dachte: 'So'n Scheiß auch noch !' Bombendrohung hatten wir ja noch nicht. Ich hab dann überlegt: Wir haben doch rechtzeitig das Deutsche Haus, schon in den Morgenstunden, dichtgemacht, kam keiner mehr rein und raus. Haben alles durchsucht, danach kamen bloß noch Karteninhaber rein und die, die reinkamen, sitzen auch immer noch drin. Ignorieren. […] Ich habe überhaupt niemandem irgendetwas davon erzählt. […] Wenn dann einer nicht genügend Nervenstärke hat, dann macht er sich das leicht und löst die Versammlung lieber auf, dann ist er die Verantwortung los. Aber ich wollte die ganzen Gäste dann auch nicht durch den Pulk der Demonstranten laufen lassen, das war nun auch nicht gerade geraten. Also hab ich's ausgesessen, wie man so schön sagt."

Auch im Flensburger Umland, auf den Dörfern gab es organisierte Diskussionsveranstaltungen zu den Themen der Studenten- und Schülerproteste. In Mehlby lud beispielsweise der Ortskulturkreis zur Debatte der „hochaktuellen" Frage „Freiheit – Weg zur Partnerschaft oder zur Revolution". Psychologe Schulz-Gade ging zu Beginn seines „sehr konkret orientierten Referats" näher auf den Personenkreis ein, der „unserer Gesellschaft immer wieder Anlaß zum Aufhorchen und Nachdenken" gebe. Die „interessanten Ausführungen" des Vortrags fasst das Flensburger Tageblatt am 27. Februar 1969 folgendermaßen zusammen: „So seien beispielsweise die Gammler, die sich den gesellschaftlichen Normen entziehen wollen, entwicklungspsychologisch gesehen die Nachfahren einer romantischen Bewegung, wie sie im 19. Jahrhundert existiert hat, gewisse Gefahren sollten keineswegs negiert werden. Auch die sogenannten Halbstarken seien entwicklungsmäßig durch eine seltsame Art der Kraftmeierei gekennzeichnet. Ihr Handeln sei ein Abreagieren von aufgestauten Affektbedürfnissen; fast immer sei es so, dass die Krawallobjekte rein zufällig gewählt werden, und es sei sehr schwer auszumachen, wer den Handlungsimpuls gegeben hat."

Resümee. Die Außerparlamentarische Opposition in Flensburg war äußerst lebendig und vielschichtig: oft provozierend, manchmal brutal und dreist, manchmal fantasievoll und subtil, mitunter spaßorientiert oder naiv, zeitweise äußerst ernsthaft und intelligent – wie überall.

Die APO war sicherlich auch in Flensburg bewusstseinsgeschichtlich äußerst wichtig, um die Gesellschaft von als unerträglich empfundenen Kontinuitäten zu befreien, die Demokratisierung in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen und Institutionen wie auch die Emanzipation der jungen Generation von den Eltern voranzutreiben und die zunehmende Emanzipation der Frau und die damit verbundene Infragestellung von geschlechtsspezifischen Rollenmustern hat auch in Flensburg gewirkt – ebenfalls wie überall.

Die Beschäftigung mit der APO in Flensburg offenbart also zahlreiche Parallelen, aber auch einige Differenzen zu den Geschehnissen in anderen westdeutschen Städten. Zu den Aktionen, die es nahezu überall gab, gehört ganz sicher die Aktion 'Roter Punkt'. Auch Demonstrationen gegen Veranstaltungen der NPD oder die Protestformen an Schule und Hochschule weisen in Flensburg keine spezifischen Charakteristika auf, die auf andere Orte nicht auch zutreffen könnten. Was jedoch die NPD-Veranstaltung angeht, ist bemerkenswert, dass viele Dänen den Weg nach Flensburg fanden, um unmittelbar vor Ort, im Nachbarland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, gegen neu aufkommende rechte Strömungen zu demonstrieren. Die Rolle des Flensburger Tageblattes und die scharfen Proteste gegen eine Lokalzeitung und ihren Chefdenker sind ebenfalls sehr spezifisch in Flensburg.

Aber nicht allein Parallelen oder Differenzen zu anderen Städten sind interessant. Was die Geschichte der Flensburger APO so spannend und lebendig macht, sind die persönlichen Erlebnisse und Schicksale, die mit dem Protest in diesen bewegten Jahren verwoben sind. Die vielschichtige subjektive Dimension der APO wäre ohne die Methode der Oral History in dieser Arbeit nicht herauszuarbeiten gewesen. Dabei muss betont werden, dass längst nicht alle Gesprächsinhalte der aufschlussreichen Interviews Beachtung finden konnten, nicht alle der nahezu 500 Seiten umfassenden schriftlichen Quellen ausgewertet wurden und Themen wie zum Beispiel die sexuelle Revolution nur am Rande erwähnt wurden.

Eines war Flensburg in der Zeit zwischen 1967 und 1972 ganz sicher nicht: provinziell.

Literaturauswahl

Busche, Jürgen: Die 68er. Biographie einer Generation. Berlin, 2003.
Frahm, Klaus: Von der Tanzstunde auf die Barrikade: 1968/69 am Alten Gymnasium. In: Festschrift des Alten Gymnasiums Flensburg, 1566-1991. Flensburg 1991, S. 83–93.
Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland, Europa, USA. München 2001.
Herrmann, Ulrich: Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Weinheim u.a. 2002.
Kraushaar, Wolfgang: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburg 2000.
Kraushaar, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München 1998.
Negt, Oskar: Achtundsechzig. Politische Intellektuelle und die Macht. Göttingen 1995.
Schulz, Kristina: Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968-76. Frankfurt/Main 2002.
Wesel, Uwe: Die verspielte Revolution. München 2002.

Zur Methodik

Adam, Wolfgang: Theorien des Flugblatts und der Flugschrift. In: Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (HSK). Themenbände: Medienwissenschaft: Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. 1. Teilband. Berlin/New York 1999, S. 132–142.
Bertaux, Daniel und Bertaux-Wiame, Isabelle: Autobiographische Erinnerungen und kollektives Gedächtnis. In: Niethammer, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“. Frankfurt am Main 1985, S. 146–165.
Brüggemeier, Franz J.: Traue keinem über sechzig? Entwicklungen und Möglichkeiten der Oral History in Deutschland. Geschichtsdidaktik. Probleme, Projekte, Perspektiven. Oral History – Kommunikative Geschichte – „Geschichte von unten“. Heft 3. Düsseldorf 1984.
Caunce, Stephen: Oral history and the local historian. London 1994.
Jureit, Ulrike: Erinnerungsmuster: zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Hamburg 1999.
Jureit, Ulrike: Konstruktion und Sinn: methodische Überlegungen zu biographischen Sinnkonstruktionen. Oldenburg 1998.

Niethammer, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“. Frankfurt am Main1985.

Perks, Robert; Thomson, Alistair: The Oral History Reader. London 1998.

Sommer, Barbara W.; Quinlan, Mary Kay: The Oral History Manual. Walnut Creek, California u.a 2002.

Vorländer, Herwart (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Göttingen 1990.